Ausgabe 4 / Oktober 2002

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

**Menschlichkeit wird aufgezehrt.
Bürokratie, Personalmangel und Arbeitsbelastung
gefährden die Qualität.**

Die Pflege braucht Hilfe!

BLICKPUNKT: Heißer Herbst
NRW-Wohlfahrtsverbände wehren sich gegen „Sozial-Kahlschlag“

BISTUMSSPIEGEL
Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas

ISSN 1617-2434
G 5546

caritas

Liebe Leserin, lieber Leser,

noch keine zehn Jahre nach der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung gelangt der Fortschritt schon wieder an seine Grenzen. Ziel damals war es, Pflege im Alter als Armutsrisiko zunichte zu machen. Heute erreicht die Pflege immer häufiger nur noch ein „Still, Satt und Sauber“. Mehr scheint nicht bezahlbar. Und bereits 40 Prozent der Heimbewohner sind schon wieder auf Sozialhilfe angewiesen.

Altenpflege ist ein Knochenjob. Das Pflegepersonal in der weit überwiegenden Zahl der Dienste und Einrichtungen rackert und ackert, oft bis weit über die eigenen Grenzen körperlicher Belastung. Hier sind keine Ressourcen mehr vorhanden.

Bessere Pflege kostet mehr Geld. Doch die staatlichen Zuschüsse sinken. Länder und Kommunen wissen sich in ihrer Finanznot nicht mehr zu helfen, sie sparen bei Investitionen in Pflegeheime, bei der Pflegeausbildung. Den Eigenanteil der Bewohner zu erhöhen würde noch mehr Menschen in die Sozialhilfe drängen mit entsprechend negativen Folgen für die öffentlichen Kassen. Wo aber sind noch finanzielle Ressourcen? Experten fordern eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung, der derzeit bei 1,7 Prozent liegt. Das dürfte unwahrscheinlich bleiben, denn die schon hohen Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge machen den „Faktor Arbeit“ hierzulande immens teuer. Also setzt die NRW-Landesregierung auf privates Kapital, private Investoren sollen Pflegeheime bauen. Doch die wollen ihr Kapital entsprechend verzinst sehen.

Angesichts der demografischen Entwicklung hin zu einer alternden Gesellschaft werden wir schließlich Massenheime mit Mehrbett-Zimmern und standardisierter „Pflege light“ haben. Und daneben teure Edel-Heime für die, die sich das leisten können. Wer diese Zwei-Klassen-Pflege nicht will, muss gegensteuern. Jetzt!

Ihr

Markus Lahrmann
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis

Kostenfaktor Mensch 4
Die Lebenssituation pflegebedürftiger alter Menschen verschlechtert sich zunehmend

Weiterhin Nachbarn 16
Ehrenamtliche im Altersheim

Heißer Herbst 18
NRW-Wohlfahrtsverbände wehren sich gegen „Sozial-Kahlschlag“

Schwarzer Peter 22
Bei der Krankenhausplanung in NRW geht es um Bettenabbau und Gesichts-Wahrung

Aachen 24
Essen 29
Köln 34
Münster 39
Paderborn 44

Neue Bücher 50
Impressum 50

Titelbild und Fotos auf Seiten 4, 5, 8, 11, 14, 15 aufgenommen im Marienhaus, Essen, von Andre Zelck

Caritas in NRW – online

Besuchen Sie auch unsere Homepage www.caritas-nrw.de

- mehr Informationen über Caritas in NRW
- ein Archiv mit Suchfunktionen für ältere Ausgaben von Zeitschrift und Infodienst „Caritas in NRW – AKTUELL“
- Gästebuch und Leserforum
- Links zu Rat und Hilfe und weiteren Caritas-Einrichtungen

Schwerpunkt

Kostenfaktor Mensch

Die Lebenssituation pflegebedürftiger alter Menschen verschlechtert sich zunehmend

Mit einer „Kampagne für Pflege“ machen Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen auf die schwieriger werdende Situation pflegebedürftiger Menschen aufmerksam. Angeprangert wird die „schleichende Leistungseinschränkung durch die Sozialversicherungssysteme“.

Die Wohlfahrtsverbände warnen wieder einmal vor der Fortschreibung eines gesellschaftlichen Trends: Wenn pflegebedürftige Menschen zum Kostenfaktor degradiert würden, dann habe die demokratische und menschenwürdige Gesellschaft keine Zukunft.
Rund eine halbe Million Menschen sind in NRW pflegebedürftig. Sie werden zu Hause mit Unterstützung von Pflegediensten oder in Altenpflegeheimen und Tagespflegeeinrichtungen versorgt. Finanziert wird die Pflege, ein Teil der staatlichen Daseinsvorsorge, überwiegend aus der Pflegeversicherung und den Sozialkassen. Das Gebot der Beitragsstabilität und der Ausgabenbegrenzungen hat dabei die Lebenssituation für kranke und pflegebedürftige Menschen verschlechtert. Besonders die steigende Anzahl der demenzkranken Menschen ist nach Auffassung der Wohlfahrtsverbände die größte Herausforderung an die Pflege der Zukunft. Die mehr als 2 500 gemeinnützigen Pflege- und Ausbildungseinrichtungen von Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Paritätischem Wohlfahrtsverband, Rotem Kreuz, Diakonie und jüdischen Kultusgemeinden werden bis zum Jahresende mit örtlichen Aktionen landesweit auf die Pflegesituation in Nordrhein-Westfalen aufmerksam machen. In einer Resolution, die im November dem Landtagspräsidenten übergeben wird, fordern sie Gesetzesinitiativen, die sich an den individuellen Bedürfnissen der pflegebedürftigen Menschen orientieren.

Ambulante Pflege

Mehr als 1 000 Pflegedienste mit insgesamt ca. 15 300 Vollzeitstellen sind in der Trägerschaft bzw. Mitgliedschaft der Freien Wohlfahrtspflege und sichern damit die pflegerische Versorgung in Nordrhein-Westfalen. Diese ambulanten Pflegeeinrichtungen geraten zunehmend unter wirtschaftlichen Druck und bangen um den Erhalt ihrer Einrichtungen und Arbeitsplätze. Hierfür sind im Wesentlichen zwei Ursachen verantwortlich, die Tariflohnsteigerungen und allgemeine Kostensteigerungen.

Seit 1996 haben die ambulanten Pflegedienste der Freien Wohlfahrtspflege bei der Pflegeversicherung aufgrund des Verhandlungsdrucks der Kostenträger bislang keine oder lediglich eine Vergütungsanpassung in einem Umfang von 2,3 % bis 4,6 % realisieren können. Demgegenüber haben seit 1996 Tariflohnsteigerungen von etwa 11 % stattgefunden. Die allgemeine Kostenentwicklung betrug in diesem Zeitraum mindestens 9 %. Auch in der häuslichen Krankenpflege konnten unter dem Verhandlungsdruck der Krankenkassen keine Vergütungsanpassungen erreicht werden, die der Kostenentwicklung der letzten Jahre angemessen Rechnung tragen. Während die Ausgaben in vielen Bereichen des Gesundheitswesens bedeutend gestiegen sind, wurden in der häuslichen Krankenpflege in den vergangenen Jahren von den Kassen erhebliche Einsparungen vorgenommen. Die Dienste müssen die nicht refinanzierbaren Mehrkosten auffangen. Der wirtschaftliche Druck erzwingt in der Praxis eine enorme Leistungsverdichtung der Pflegekräfte. Für die Pflegebedürftigen bedeutet dies, dass für sie zu wenig Zeit zur Verfügung steht und eine menschlich angemessene Pflege zunehmend erschwert wird. Für die Pflegekräfte bedeutet dies eine zunehmende Überforderung und Frustration.

Die Wohlfahrtsverbände fordern, dass die für jeden nachvollziehbaren Kostensteigerungen in der Pflege bei den jährlichen Vergütungsverhandlungen von den Pflegekassen adäquat berücksichtigt werden müssen. Die damit verbundenen Preissteigerungen dürfen jedoch nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen.

Außerdem schlagen die Verbände vor, die personenbezogenen Leistungsbudgets, die das SGB XI vorsieht, zu dynamisieren, um diesen Preiseffekt auszugleichen. Anderenfalls sinke der reale Leistungsanspruch der Pflegebedürftigen jährlich in diesem Ausmaß. Hier besteht dringender Handlungsbedarf für den Gesetzgeber.

Tagespflege

Rund 2 600 Plätze in 200 Tagespflegeeinrichtungen stellt die Freie Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. In diesen Einrichtungen sind ca. 550 Mitarbeiter/innen in der pflegerischen Versorgung tätig (Vollzeitstellen).

Auch die Tagespflegeeinrichtungen geraten zunehmend unter wirtschaftlichen Druck und bangen um den Erhalt ihrer Einrichtungen und zahlreicher Arbeitsplätze.

Die Ursachen für die Misere gleichen denen in der ambulanten Pflege: Die Kosten der Tagespflege können durch die derzeitigen Vergütungen nicht abgedeckt werden (z. B. Beratungen und Netzwerkarbeit vor Aufnahme in die Tagespflegeeinrichtungen; gesetzlich gestiegene Anforderungen bei Pflegedokumentation und Verwaltung; nicht kostendeckende Fahrtkostenpauschale).

Die gesetzlich vorgegebene Vorrangstellung der ambulanten Pflege gegenüber der Tagespflege benachteiligt diese durch einen verzögerten Abrechnungsmodus. Weil die Pflegebedürftigen nicht rechtzeitig wissen, welche finanziellen Mittel ihnen für die Tagespflege aus dem Pflegesachleistungsanspruch zur Verfügung stehen, bewirkt dies eine verringerte Inanspruchnahme.

Die erhöhte Unsicherheit für Tagespflegegäste, ob und in welchem Umfang sie zur privaten Finanzierung der Leistungen herangezogen werden, führt de facto zu einer Schlechterstellung der Tagespflege gegenüber anderen Versorgungsformen.

Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen für Tagespflegeeinrichtungen und der gestiegenen Nachweispflichten verdichten sich die Anforderungen für die Tagespflege enorm. Für die Tagespflegegäste bedeutet dies, dass weniger Zeit für sie zur Verfügung steht. Die notwendige Pflege und Betreuung werden hierdurch zunehmend erschwert.

Hier fordern die Wohlfahrtsverbände den Gesetzgeber zum Handeln auf: Für die Pflegebedürftigen müssen bei der Tagespflege separate, von der ambulanten Pflege unabhängige Leistungsbeträge im Pflegeversicherungsgesetz festgeschrieben werden. So könnten die Tagespflegegäste die für sie erforderlichen Pflege- und Betreuungsangebote konstanter in Anspruch nehmen, und die Tagespflegeeinrichtungen ihrerseits würden damit die problematische leistungsrechtliche Abhängigkeit von der ambulanten Pflege überwinden. Dies ist notwendig, damit die Tagespflege als wichtiges Bindeglied in der differenzierten Kette von Versorgungsangeboten der Hilfe und Betreuung pflegebedürftiger Menschen auch in Zukunft ihre Funktion aufrechterhalten kann. ▶

Den alten Menschen in seiner natürlichen Würde anzunehmen und zu behandeln, das ist die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Pflege.

Vollstationäre Pflege

Die Freie Wohlfahrtspflege ist in Nordrhein-Westfalen als Träger für rund 1150 Pflegeheime mit insgesamt mehr als 102 500 Plätzen verantwortlich. In diesen Einrichtungen sind ca. 53 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege und in der Betreuung beschäftigt (Vollzeitstellen).

Immer häufiger kommen alte Menschen heute erst dann in Pflegeheime, nachdem sie über viele Jahre ambulante und teilstationäre Hilfe erfahren haben. Damit aber werden die Pflegeheime immer weniger zu Orten langjährigen Wohnens, sondern vielmehr zu Stätten der Pflege- und Krankheitsbewältigung in den Spät- und Endphasen des Lebens. Die Personalausstattung in den Pflegeheimen ist jedoch unzureichend (*siehe auch Seite 8*). Insbesondere fehlt es zunehmend auch an Pflegefachkräften. Die Ursachen hierfür sind leicht ausgemacht:

Der in der Begutachtung vom MDK (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) attestierte Hilfebedarf der Pflegebedürftigen korrespondiert in der Regel nicht mit dem tatsächlichen Leistungsumfang. Die starren Orientierungswerte der Pflegekassen für das Personal werden dem durch den individuellen Hilfebedarf der Bewohner bedingten tatsächlichen Leistungsumfang nicht ausreichend gerecht.

Karikatur: Thomas Plaßmann

Das Lohnniveau der Pflegekräfte und tarifliche Lohnsteigerungen wurden in den vergangenen Jahren von den Kostenträgern (Pflegekassen und Landschaftsverbände) nicht in ausreichendem Maße anerkannt.

Der wirtschaftliche Druck erzwingt eine enorme Leistungsverdichtung bei allen im Pflegeheim beschäftigten Personen. Eine menschlich angemessene Pflege, die ausreichend Zeit erfordert, wird zunehmend schwieriger. Für die Pflegekräfte bedeutet dies eine wachsende Überforderung und Frustration.

Die Wohlfahrtsverbände fordern, dass die Begutachtung des MDK sich an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen zu orientieren hat und die starren Personalvorgaben der Pflegekassen dringend zugunsten des individuellen Hilfebedarfs der Heimbewohner aufgegeben werden müssen. Die sich hieraus ergebende zwingend notwendige Personalausstattung und deren Finanzierung müssen von den Pflegekassen umfassend anerkannt werden. Und die nachvollziehbaren Tariflohnsteigerungen in der Pflege müssen bei den jährlichen Vergütungsverhandlungen von den Pflegekassen adäquat berücksichtigt werden. Die damit verbundenen Preissteigerungen dürfen jedoch nicht einseitig zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen. Die Leistungsbeträge, die das SGB XI vorsieht, müssen dynamisiert werden, um diesen Preiseffekt auszugleichen.

Heimbewohner/innen mit Demenz bedürfen einer umfassenden Betreuung und Begleitung – auch in der Nacht. Dieser umfassende Pflegebedarf kann jedoch in den Heimen derzeit nicht erfüllt werden, weil der Hilfebedarf immer noch nicht adäquat in der Pflegeversicherung anerkannt wird. Damit werden aber einem Großteil der heute in Pflegeheimen lebenden Menschen notwendige Leistungen vorenthalten. Daher fordern die Verbände „eine Personalbemessung in der Pflege – auch nachts –, die es ermöglicht, dem notwendigen Pflege- und Betreuungsbedarf von Menschen mit Demenz, insbesondere von Menschen in der letzten Lebensphase, gerecht zu werden“.

Mit dem Pflegeversicherungsgesetz, dem Qualitätssicherungsgesetz, dem Heimgesetz u. v. m. hat der administrative Aufwand in Pflegeeinrichtungen nach Auffassung von Praktikern nicht mehr verantwortbare Ausmaße erreicht. Dokumentations-, Nachweis- und routinemäßige Meldeverpflichtungen produzieren Datenfriedhöfe. Eine bessere Qualität der Pflege werde hierdurch nicht erreicht, meinen die Wohlfahrtsverbände. Im Gegenteil: Personal werde zunehmend für Verwaltung gebunden. Diese Zeiten fehlen in der Pflege.

Auch hier fordern die Verbände von Gesetzgeber und Kassen „umgehend eine grundlegende Korrektur“.

Altenpflegeausbildung

Derzeit werden in Nordrhein-Westfalen ca. 10 000 Altenpflegerinnen und Altenpfleger in Fachseminaren für Altenpflege ausgebildet; davon 90 % in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

Seit 1996 wurde das Ausbildungsplatzangebot in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich abgesenkt. Während 1996 noch ca. 14 602 Ausbildungsplätze gefördert wurden, waren es Ende 2000 nur noch 11 081. Dieser Trend setzt sich bis heute fort. Hieraus resultiert ein Fachkräftemangel.

Die Altenpflegeausbildung wird von zwei Kostenträgern finanziert: Erstauszubildende werden vom Land finanziert, Umschüler/innen vom Arbeitsamt. Die Zahl der Umschüler/innen ist in den letzten Jahren deutlich gesunken, die Zahl der Erstauszubildenden ist gestiegen. Somit kommt auf das Land Nordrhein-Westfalen als Hauptkostenträger eine steigende Finanzierungsverantwortung zu. Diese Entwicklung kollidiert mit der Finanzlage des Landes. Nach Berechnung der Wohlfahrtsverbände ist die Finanzierungshöhe der Ausbildungsplätze im Jahr 2002 sogar noch unter die Förderhöhe des Jahres 1991 gefallen (von 660 DM auf 620 DM pro Platz und Monat).

So werden weder genügend Ausbildungsplätze eingerichtet noch die Ausbildungsinhalte an dem fachlich Notwendigen einer zukunftsorientierten Ausbildung ausgerichtet. Von der Landesregierung wird eine bedarfsgerechte Ausbildungspolitik gefordert. Sie müsse ihrer Verantwortung nachkommen und dafür Sorge tragen, dass künftig jährlich mindestens 4 500 Auszubildende mit dieser Ausbildung beginnen können. Dies entspreche „dem Mindestmaß einer bedarfsgerechten Ausbildungsquote“.

Es müssen gemeinsame Anstrengungen aller Verantwortlichen unternommen werden, damit das Image der Pflegeberufe verbessert wird und für die Zukunft genügend Menschen für diese Berufswahl motiviert werden. Es muss heute gehandelt werden, weil eine Erhöhung der Ausbildungsquote frühestens in drei Jahren Auswirkungen zeigt. ◄

Markus Lahrmann

Weitere Informationen: www.kampagne-fuer-pflege.de
Hotline: 01 80 / 1 18 21 80

Unterschriften sammelten Caritas, Diakonie und Deutsches Rotes Kreuz im Rahmen der Kampagne für die Pflege der Freien Wohlfahrtspflege NRW an Infoständen in Münsters Innenstadt. Sie machten auf die schlechten Rahmenbedingungen aufmerksam, die eine qualitativ gute Pflege zunehmend behindern. Unterstützt wurden sie von einem Aktionskünstler auf Stelzen.
Fotos: Harald Westbeld

Ein schwelendes Problem

Personalschlüssel und Arbeitsbedingungen in der stationären Pflege müssen besser werden

Von Dr. Albert Evertz und Alfred Vollmer

In den stationären Pflegeeinrichtungen ist bundesweit ein schnell steigender Bedarf an Fachkräften festzustellen. In Nordrhein-Westfalen werden besonders in Ballungsräumen händeringend ausgebildete Altenpflegekräfte gesucht. Die Verantwortlichen der Pflegeeinrichtungen müssen die geforderte Besetzungsquote der Heimpersonalverordnung von 50 % erfüllen, finden aber die nötige Zahl der Mitarbeiter nicht. Die Fachseminare für Altenpflege werden mit Anfragen und Werbeanzeigen überschüttet.

Der Personalbedarf in der stationären Pflege ist ein seit vielen Jahren schwelendes Problem. Durch die tief greifenden Änderungen in den Anforderungen der Pflegeversicherung und eine Reihe anderer für die Altenpflege bedeutsamer Faktoren hat sich das Problem zu einem Notstand ausgewachsen.

Ein wesentlicher Entscheidungsfaktor für die Frage des ausreichenden Bedarfes waren immer der Kostenaufwand und die Finanzierung der geforderten Personalstellen im Pflegesatz. Die Entscheidung über die Personalmengen in der Pflege liegt letztendlich in den Händen der Kostenträger. Das waren vor Einführung der Pflegeversicherung zum Schluss für 70 bis 80 % der Heimbewohner die Sozialhilfeträger und nach Einführung der Pflegeversicherung die drei Hauptzahler Pflegeversicherung, Sozialhilfeträger und der Bewohner.

Die Personalkosten machen durchschnittlich zwischen 60 und 70 % der Kosten des Aufwandes der Pflege und Unterkunft und Verpflegung in der stationären Pflege aus. Die Forderung nach Personal bringt daher auch immer wieder Auseinandersetzungen mit den Kostenträgern über steigende Pflegesätze und öffentliche Ausgaben für die Pflege mit sich.

In Nordrhein-Westfalen ist die Personalausstattung der Pflegeeinrichtungen bisher nicht systematisch pflegewissenschaftlich ermittelt worden. Die Personalschlüssel sind Ergebnis (oder Zwischenstand) eines jahrzehntelangen Ringens um die Finanzierbarkeit. Im Clinch miteinander liegen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Kostenträger.

Eine verlässliche Grundlage für die zurzeit gültigen Personalschlüssel der stationären Altenpflege und deren Herleitung lässt sich nicht ermitteln. Die Verhandlungsmethodik der Kostenträger führte zunehmend dazu, dass die Personalschlüssel tatsächlich nicht dem Bedarf angepasst werden können. Versuche auf nordrhein-westfälischer Ebene, durch Verhandlungen neue Ausrichtungen für die Personalschlüssel zu finden, sind bisher gescheitert. Mit Einführung des Pflegequalitätssicherungsgesetzes zum Jahresbeginn besteht jedoch die Möglichkeit, einen neuen Verhandlungsansatz zu finden. Nach § 75 Abs. 3 SGB XI müssen in den Ländern Vereinbarungen über landesweit gültige Personalbedarfe der Einrichtungen getroffen werden. Die Kostenträger in Nordrhein-Westfalen sind aufgefordert, die Verhandlungen aufzunehmen. Die Freie Wohlfahrtspflege fordert eine Anhebung der Personalschlüssel in der Pflege und vor allem die flächendeckende Umsetzung der bis 1994 praktizierten Regelung zur Erhöhung

Pflegethermometer 2002

In einer bundesweiten Befragung hat das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung in Köln Lage und Situation des Pflegepersonalwesens untersucht. Die Studie „Pflege-Thermometer 2002“ kommt zu dem Schluss, dass bundesweit mehr als 40 000 Stellen in Krankenhäusern, Altenheimen und ambulanten Pflegediensten nicht besetzt werden können. Es zeichne sich ein „Pflegenotstand ab, der sich noch verschärfen wird“, sagt Institutsdirektor Frank Weidner. Ein ausführlicher Bericht Weidners über die Ergebnisse der Studie ist nachzulesen in der Zeitschrift „Neue Caritas“ (15/2002) des Deutschen Caritasverbandes. Das Original der Studie findet sich im Internet unter www.dip-home.de zum Download.

Kontakt: Deutsches Institut für Pflegeforschung, Prof. Dr. Frank Weidner, Direktor-Werthmann-Str. 1a, 50935 Köln, Tel. 02 21 / 4 68 61-30, Fax 02 21 / 4 68 61-39

der Personalausstattung bei der Versorgung verwirrter alter Menschen. Diese Forderungen sind minimale Ansatzpunkte. Auf mittlere Sicht müssen weitere Verbesserungen erreicht werden, da die Anforderungen erheblich steigen.

In einer kürzlich veröffentlichten Studie, in der 3 500 Einrichtungen zur Personalsituation befragt worden sind, kam das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung in Köln zu dem Ergebnis, dass 42 000 Stellen in Krankenhäusern, Kliniken, Altenheimen und bei mobilen Diensten nicht besetzt sind. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet dies, dass 3 000 Pflegejobs in den Krankenhäusern nicht besetzt sind, und das Institut kommt zu dem Entschluss, „die Lage bei der Altenversorgung sei ähnlich“.

Das zurzeit in der Diskussion und in verschiedenen Einrichtungen in der Erprobung befindliche Personalbemessungssystem PLAISIR kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Die Ergebnisse des PLAISIR-Verfahrens zur Ermittlung des Pflege- und Personalbedarfs haben in stationären Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt auf Bundesebene, bei 15 Pflegeeinrichtungen der Bremerheimstiftung und in 52 Einrichtungen im Land Schleswig-Holstein gezeigt, dass eine Deckungslücke von mindestens 15 bis 20 % des Personalstellenschlüssels vorhanden ist.

Die Ergebnisse haben auch gezeigt, dass ein durchschnittlicher Pflegebedarf von 146 Minuten pro Tag entsteht. Ein System, das solche Ergebnisse liefert, lässt natürlich bei den Kostenträgern die Überlegung aufkommen, die Erprobung, die Akzeptanz und den Einsatz des Verfahrens nicht weiter zu verfolgen.

In einer weiteren Untersuchung, bezogen auf Nordrhein-Westfalen, mit dem Ziel, die gegenwärtige Struktur in der Pflegebedürftigkeit und des Leistungsgeschehens in vollstationären Pflegeeinrichtungen transparent zu machen, hat ergeben, dass die Betreuungsrelation zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eines Pflegeheims und der Zahl der Heimbewohner und Heimbewohnerinnen mindestens an die Relation 1:2,2 landesweit angepasst werden muss.

Das bedeutet, dass für eine Einrichtung mit durchschnittlich 100 Bewohnern/Bewohnerinnen bis zu vier Betreuungsstellen zusätzlich geschaffen werden müssten. Mit dieser Festlegung würde der Willkür des „Um-Stellen-Feilschens“ endlich ein Ende gesetzt werden.

In Baden-Württemberg gilt ab 1. 3. 2003 ein durchschnittlicher Personalschlüssel von 1:2,37. Für schwer demenziell Erkrankte, die segregativ betreut werden, hat man sich sogar auf einen durchschnittlichen Personalschlüssel von 1:1,8 geeinigt.

Der geringe gesellschaftliche Stellenwert der Pflegeberufe, Arbeitszeiten außerhalb des üblichen Tagesschemas, Stress in Stoßzeiten und Extremsituationen sowie entsprechend hohe psychische Belastung und die Skandale in Pflegeheimen, verbreitet durch Rundfunk, Fernsehen und Presse, sind mitverantwortlich für die Rekrutierungsengpässe beim Pflegenachwuchs. Nur durch eine fühlbare Erhöhung der Ausbildungskontingente, durch veränderte Arbeitsbedingungen zum einen und durch langfristig angelegte Imagearbeit zum anderen lässt sich ein falsches und reduziertes Außenbild korrigieren.

Der Verband katholischer Einrichtungen hat zu Beginn dieses Jahres eine Imagekampagne für den Pflegeberuf durchgeführt. Zur Steigerung der Attraktivität des Berufes ist dies eine zwingende Notwendigkeit, die in Abständen wiederholt werden muss. Es gab viel Zuspruch von verschiedensten Stellen, was wiederum motivierend auf die Einrichtungen wirken soll, sich an weiteren Kampagnen zu beteiligen.

Zur Auflösung der Engpasssituation erscheint ein intensivierter Dialog der Arbeitsmarktakteure sinnvoll. Politiker, Ausbildende, Träger und Personal müssen den Dialog aufnehmen, nur so kann ein Schritt zu einer Branchenidentität zurückgelegt werden, damit die Probleme und Erfordernisse des Pflegealltags aus Sicht der Mitarbeiter zur Sprache kommen. Für die katholischen stationären Einrichtungen gilt es den Blick nach innen zu richten, nämlich auf die Umsetzung und Konkretisierung der auf der Grundlage des Leitbildes entwickelten Konzepte. So ist zum Beispiel die Existenz eines Personalmanagements mit den Elementen Mitarbeitergewinnung, Mitarbeiterführung, Mitarbeiterförderung, Mitarbeiterbefragung und Qualifizierung für die Einrichtungen überlebenswichtig. Auf der Grundlage gemeinsamer Standards und Systeme brauchen wir mehr qualifizierteres Personal, sonst ist nicht nur ein Pflegenotstand, sondern ein Pflegekollaps zu befürchten. ◄

Dr. Albert Evertz ist Fachbereichsleiter Gesundheitshilfe und Wirtschaft beim DiCV Köln.

Alfred Vollmer ist Referent in der Abteilung Heime, Wirtschaft und Statistiken beim DiCV Köln.

Ausrichtung am Menschen

Das Land ist in der Pflicht, die Finanzierung einer modernen und menschlichen Pflege sicherzustellen

Ein Statement von Rudolf Henke (CDU), MdL und CDU-Obmann in der Enquetekommission Pflege

Die CDU-Landtagsfraktion hat im Januar 2002 eine Enquetekommission zur Situation und Zukunft der Pflege in NRW beantragt. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause 2002 haben die Obleute ein sehr ehrgeiziges Arbeitsprogramm abgestimmt. Es setzt den vollen Einsatz aller dem Landtag verfügbaren Ressourcen voraus, um den Abschlussbericht der Kommission zeitgerecht vorlegen zu können. Wichtig ist, den Arbeitsplan mit einem Sitzungsplan zu unterlegen, der gehaltreiche Beratungen zu allen Aspekten ermöglicht.

1999 gab es in Deutschland über zwei Millionen Pflegebedürftige im Sinne des SGB XI. Knapp ein Viertel davon, fast 466 000, lebten in NRW. Dagegen erklärte der nordrhein-westfälische Sozialminister Harald Schartau noch vor kurzer Zeit, in NRW gebe es nur 370 000 pflegebedürftige Menschen. Wenn eigene Zahlen für ihn Bedeutung haben, dann hat der Sozialminister seine Pflegepolitik lange Zeit an einer viel zu niedrigen Zahl Pflegebedürftiger ausgerichtet. Inzwischen hat das Ministerium zwar aufgrund der Kritik der CDU seine Zahl auf 430 000 Pflegebedürftige korrigiert. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege gehen allerdings davon aus, dass es bereits heute rund eine halbe Million Pflegebedürftige in NRW gibt. Besonders die Menschen drohen vergessen zu werden, die nicht mindestens in Stufe I der Pflegeversicherung eingruppiert sind. Zu ihnen gehören auch viele an Demenz erkrankte Männer und Frauen.

Nach Modellrechnungen werden die Ausgaben der Pflegeversicherung allein in Folge der demografischen Entwicklungen bis im Jahr 2040 um 64 % steigen. Bei gleich bleibenden Beitragssätzen würde sich die Schere zwischen den Einnahmen und den Ausgaben für die gesetzlich definierten Leistungen der Pflegeversicherung immer weiter öffnen. In den vergangenen Jahren ist die Kaufkraft der den Pflegebedürftigen zugedachten Mittel der Pflegeversicherung ohnehin schon kontinuierlich gesunken.

Gute Pflege braucht Zeit

Die in den Einrichtungen der Pflege tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind so immer mehr unter Druck geraten. Zudem sind allein im Altenpflegebereich in NRW in den letzten sechs Jahren rund 4 000 Ausbildungsplätze weggefallen. Dies ist eine Konsequenz der Politik der rot-grünen Landesregierung. Das Institut für Pflegeforschung beklagt die schlechten Arbeitsbedingungen. Die zunehmende Arbeitsbelastung lasse trotz deutlicher Überstunden kaum noch Zeit, auf die zu Pflegenden einzugehen.

Dazu trägt nicht zuletzt die zunehmende Bürokratisierung bei. Der immer höhere Verwaltungsaufwand geht ohne personellen Ausgleich zu Lasten der eigentlichen Pflegetätigkeit. Hinzu kommt, dass das heutige gesellschaftliche Ansehen und die öffentliche Anerkennung der Pflegetätigkeit den Aufgaben der pflegenden Berufe in keiner Weise gerecht werden. Wir müssen uns fragen, ob die Überforderung des Personals womöglich das Risiko der Vernachlässigung und Misshandlung anvertrauter Bewohner vergrößert.

Bürokratie erschwert die Arbeit

Die Pflege muss sich aus der Sicht der CDU stärker am Menschen ausrichten, das heißt an den individuellen Bedürfnissen der zu Pflegenden. Eine rein körperorientierte Pflege ist unzureichend. Von besonderer Bedeutung ist die persönliche Beziehung zwischen dem Pflegebedürftigen und dem Pflegenden. Gute Pflege braucht Zeit. Diese müssen wir den Pflegebedürftigen und Pflegenden geben.

Wir brauchen eine ausreichende Zahl von Pflegekräften. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Ausbildung. Das Land ist gefordert, die Aufwendungen der theoretischen Ausbildung in den Fachseminaren der Altenpflege zu übernehmen, wie das in anderen Ausbildungsberufen für die Kosten der Berufsschulen selbstverständlich ist.

Um die Attraktivität und das Ansehen der Pflege zu steigern, bedarf es außerdem eines veränderten Bewusstseins vom Wert der Arbeit mit schwachen, betagten, behinderten und pflegebedürftigen Menschen. Jeder sollte sich im Klaren sein, dass ihn selbst dieses Schicksal ebenfalls treffen kann – jederzeit.

Qualität und Qualitätssicherung als Ausdruck von Professionalität in der Pflege gewinnen vor diesem Hintergrund eine zusätzliche Bedeutung. So wichtig Kontrollen sind, weit wichtiger ist die Vermeidung der

Ursachen von Fehlern bis hin zur Gewalt. Alle bürokratischen Vorgaben sind daran zu messen, ob sie wirklich der Qualität der Pflege dienen oder nur die Arbeit erschweren.

Die aktuelle Definition von Pflegebedürftigkeit und die Einteilung von Pflegebedürftigkeit in drei Stufen werfen viele Fragen auf. Die gegenwärtige Definition von Pflegebedürftigkeit ist im Ergebnis beschränkt auf physische, körperliche Hindernisse bei der eigenen Versorgung. Personen, die etwa aufgrund einer psychischen Erkrankung der Aufsicht bedürften, haben oft keinen Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung. Das gilt besonders für Menschen mit Demenz

An dieser unbefriedigenden Situation ändert auch das von der rot-grünen Bundesregierung durchgesetzte Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz nichts. Es gilt nur für Personen, die ohnehin die Kriterien der Pflegebedürftigkeit nach SGB XI erfüllen. Als Sachleistung, etwa für eine Aufsichtsperson, sind 1,26 EUR pro Tag bei weitem nicht ausreichend. Und für die Pflegebedürftigen in Heimen ändert es gar nichts. Angesichts der steigenden Zahlen gerade der demenziellen Erkrankungen muss der Begriff der Pflegebedürftigkeit im Sinne des SGB XI grundlegend neu überarbeitet werden.

Prävention stärken

Häuslicher Pflege soll nach unserer Überzeugung auch weiterhin der Vorrang vor einer stationären Pflege eingeräumt werden. Mit einer Konstanz der Beziehungen ist sie in der Regel deutlich vorteilhafter für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Pflegebedürftigen; dies gilt in besonderer Weise für demenziell Erkrankte. Ohne ambulante Pflegedienste wäre der Aufenthalt zu Hause vielfach nicht möglich. Das Land darf die ambulanten Pflegedienste nicht noch finanziell schwächen. Unterstützung und Anerkennung brauchen aber ebenso die zahllosen Angehörigen, die Tag für Tag ihre pflegebedürftigen Eltern, Kinder oder sonstige Anverwandte pflegen. Ehrenamtliches Engagement ist zu fördern.

Ein wichtiges Element für die Zukunft der Pflege ist die Prävention. Prävention kann gesundheitliche Handicaps und Pflege vermeiden oder aufhalten. Durch Aktivierung und Stärkung (noch) vorhandener Fähigkeiten soll sie auch dazu beitragen, bei bereits eingeschränkter Gesundheit ein möglichst selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu führen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist so früh wie möglich anzusetzen.

Für eine an individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege müssen genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Wir sehen die Enquetekommission in Nordrhein-Westfalen als Chance, neue und langfristig tragfähige Konzepte zur Finanzierung auf Bundes- wie auf Landesebene voranzubringen.

Dass die Finanzierung der Investitionen in den Pflegeeinrichtungen durch die Länder erfolgt, war ein Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion im Gesetzgebungsverfahren. In NRW hatte sich das Land schon zuvor mit rund 250 Mio. DM jährlich im Wege von Krediten an einer objektbezogenen Förderung beteiligt. Mit dem Landespflegegesetz begann 1996 der stufenweise Rückzug des SPD-geführten Landes aus dieser Förderung. Seit 2000 beteiligt sich das Land gar nicht mehr an neuen Sanierungs- oder Neubauvorhaben. Auch die Landschaftsverbände vergeben keine Gelder mehr für neue Vorhaben.

Die Kommunen sind jedoch u. a. aufgrund einbrechender Einnahmen und ihrer immer weiter zunehmenden Befrachtung mit staatlichen Aufgaben bis an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit belastet und können bei der Förderung von Pflegeeinrichtungen nicht die vom Land gerissenen Lücken kompensieren. ▶

Täglich kleine Übungen mit einem Ball lockern die Finger – und die Seele.

Rudolf Henke (48) ist Facharzt für Innere Medizin, Vorsitzender des Marburger Bundes in NRW/Rheinland-Pfalz und seit 1995 Mitglied des Landtages.

► Sozialministerium und SPD propagieren jetzt die reine Kapitalmarktfinanzierung. Dafür spricht zwar, dass sie den Wettbewerb forciert und Investorenmodelle mit hoher Wahrscheinlichkeit rasch den Bedarf an zusätzlichen Plätzen decken könnten, anlagebereites Kapital ist ja vorhanden. Verschwiegen wird aber, dass dann für die gesamten Kredite Zinsen zu zahlen sein werden. Dadurch ist mit einer erheblichen Mehrbelastung der Pflegebedürftigen, denen diese Kosten zu berechnen wären, zu rechnen. Diese Lastenverschiebung vom Land auf die Pflegebedürftigen lehnen wir ab. Das Landespflegegesetz muss so ausgestaltet werden, dass die Investitionskosten nicht die Ersparnisse aus der Lebensarbeit Pflegebedürftiger verzehren. Sonst würde die ursprüngliche Intention der Pflegeversicherung, das Risiko des Pflegefalls zu mildern und die Menschen im Pflegefall so weit irgend möglich nicht von Sozialhilfe abhängig werden zu lassen, konterkariert.

Gleichzeitig können aber auch die Kommunen nicht noch weiter belastet werden. Schon heute besteht kaum noch ein Unterschied zwischen Pflegewohngeld und Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz, beide werden von den Kommunen als örtlichen Sozialhilfeträgern gezahlt. Eine weitere Angleichung des Pflegewohngelds an Sozialhilfeleistungen durch eine Anrechnung des Vermögens, wie sie die Landesregierung plant, kommt auch aus diesem Grund für die CDU nicht in Frage. Vielmehr ist hier das Land in der Pflicht, seinen Aufgaben nachzukommen und sich an der Finanzierung in angemessener Weise zu beteiligen.

Die Umsetzung der großen Aufgabe, die Zukunft der Pflege zu gestalten, kann nur bei einer intensiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller an der Pflege Beteiligten erreicht werden. Durch einen Abschluss von Rahmenverträgen zwischen Leistungs- und Kostenträgern (gemäß § 75 SGB XI) sollen neue Maßstäbe für die personelle Ausstattung der Pflegeeinrichtungen und für den Inhalt von Pflegeleistungen gesetzt werden. Wichtig ist dabei auch, dass die Vertreter der Senioren und Selbsthilfegruppen an der Diskussion teilnehmen und ihr Erfahrungswissen und ihre Bedürfnisse zum Ausdruck bringen.

Der Wandel zu einer Gesellschaft des langen Lebens bringt große Herausforderungen mit sich mit mehr Verantwortung und neuen Chancen für jeden Einzelnen und für die Gemeinschaft. Die Anforderungen an ein zukunftsfähiges Konzept für Pflege in NRW sind anspruchsvoll und ebenso vielfältig wie die Menschen, die es betrifft. Die CDU-Landtagsfraktion stellt sich dieser Aufgabe. ◄

Kommentar

Wiederkehrendes Phänomen

Mit Beginn der Pflegeversicherung boomte der Pflegemarkt. Es wurde nicht mehr vom Pflegenotstand gesprochen wie noch einige Jahre vorher, sondern nur von einem Wachstum des Dienstleistungssektors „Pflege“. Warum straucheln wir nun wieder in eine Pflegekrise? Weil immer noch zu wenig an die eigentlichen Leistungserbringer gedacht wird, die professionellen Pflegekräfte.

Es wird nicht genügend neues Personal ausgebildet, die noch verbleibenden Mitarbeiter werden zusehends durch nicht besetzte Stellen und einen stetig wachsenden Arbeitsdruck belastet. Daraus folgend steigt der Krankheitsstand unter den Pflegekräften. Zusätzlich nimmt die Verweildauer im Beruf weiter ab. Dies ist ein Kreislauf, den es zu unterbrechen gilt!

Die Pflege braucht einerseits verbesserte Rahmenbedingungen, anderseits müssen dringend die Träger ihre Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeiter wahrnehmen und Mitarbeiterpflegekonzepte anbieten. Konzepte wie „Gesundheitsförderung in der Pflege“ müssen praktisch umgesetzt werden. Hier könnten z. B. Kinästhetikkurse, Lernen von Entspannungstechniken, Stressbewältigungsseminare und Supervisionen eine Möglichkeit sein. Das Konzept „Gesundheitsfördernde Krankenhäuser“, das Anfang der neunziger Jahre entstand und bereits teilweise umgesetzt wurde, sollte auf alle Anbieter von Pflegedienstleistungen übertragen werden. Hier wurden Konzepte der Mitarbeiterpflege, aber auch der Selbstpflege erfolgreich in den Alltag integriert.

Dass die Anzahl der Bewerbungen deutlich abnimmt, verwundert bei den augenblicklichen Aussagen zum Berufsfeld „Pflege“ nicht. Daher ist es dringend erforderlich, die positiven Aspekte des Berufes hervorzuheben. Die „Kampagne Pflege 2002“, initiiert von der Freien Wohlfahrtspflege NRW, ist für mich ein wertvoller Beitrag.

Christiane Kröger, Diplom-Gesundheitswissenschaftlerin (MPH)/ Krankenschwester im Projekt „Zukunftsfähigkeit der stationären Altenhilfeeinrichtungen“ des Diözesan-Caritasverbandes Münster

Vom Plenarsaal ans Pflegebett

Pflegenotstand – Caritas-Verband Witten fordert mehr Mitbestimmung

„Der Pflegeberuf ist nur etwas für hoch qualifizierte und hoch motivierte Mitarbeiter", so lautet die wohl wichtigste Erkenntnis, die der Bundestagsabgeordnete Ralf Brauksiepe beim Caritas-Verband Witten gewonnen hat. Einen Vormittag lang hat er seinen Sessel im Parlament gegen den Sitz im Pflegemobil getauscht und ist mit Schwester Judith Pella auf Tour gegangen.

Waschen, füttern, Blutdruck messen – alles hat er hautnah miterlebt. „Trotz des Zeitdrucks findet Schwester Judith immer ein gutes Wort für die Patienten", berichtet er. Vor allem hat er erfahren, wie individuell die Ansprüche der Pflegebedürftigen sind. Sichtlich betroffen erzählt er von der Begegnung mit einem jungen Mann, der an multipler Sklerose erkrankt ist: „Er ist etwa so alt wie ich, aber bei der Körperpflege komplett auf fremde Hilfe angewiesen." Die Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger sollte nach seinen Wünschen ideell und finanziell mehr gewürdigt werden.

Genau daran scheitert es aber im Alltag. „Die ambulante Krankenpflege steht unter Druck", berichtet Hartmut Claes, Geschäftsführer des Caritas-Verbandes Witten. Zwei Insolvenzanträge hat es in der letzten Zeit allein in Witten gegeben. Viele Pflegekräfte ertragen die schlechten Arbeitsbedingungen nicht lange und wandern in andere Berufe ab. In einem Punkt sind sich daher alle Beteiligten einig: Es muss dringend etwas geschehen, um den Beruf wieder attraktiver zu machen und Qualitätsstandards zu garantieren.

Die Schattenseiten sind auch Ralf Brauksiepe nicht verborgen geblieben. Im Gespräch sei ihm klar geworden, dass der Caritas-Verband als Dienstleister die Probleme ausbaden muss, die woanders entstehen, berichtet er. An fehlendem Geld mangelt es seiner Ansicht nach nicht. „Die Pflegeversicherung wurde richtig eingeführt. Sie ist in sich gesund und tragfähig", betont Brauksiepe. Die Probleme entstünden erst durch finanzielle Umlagen zwischen den verschiedenen Bereichen der Sozialversicherung. „Eigenverantwortung und Vorsorge sind wichtig, aber Pflege muss trotzdem im Solidarprinzip gewährleistet sein."

Der Caritas-Verband Witten fordert neben mehr finanziellen Mitteln vor allem ein Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen. Bisher haben die Pflegeverbände nur ein Anhörungsrecht. Selbst die Richtlinien der häuslichen Krankenpflege wurden vom Bundesausschuss der Ärzte und den Krankenkassen allein erarbeitet.

Darüber hinaus fordert der Caritas-Verband Witten die Einrichtung einer Schiedsstelle, die bei Interessenskonflikten zwischen Leistungserbringern und Kostenträgern vermittelt. Bislang nutzten die Krankenkassen ihre Vormachtstellung in Vertragsverhandlungen aus. Auf Basis wissenschaftlich ermittelter Daten sollten nach den Vorstellungen des Caritas-Verbandes leistungsgerechte Vergütungen verhandelt werden. „Pflege braucht Zeit, das geht nicht im Akkord", bekräftigt Fachbereichsleiter Michael Lobbe und ergänzt: „Wir brauchen Pflegekräfte mit Qualifikation und Persönlichkeit." Keine Lösung sieht der Caritas-Verband dagegen in der Abwerbung osteuropäischer Pflegekräfte. ◄

Claudia Konopka

Gruppenfoto – von links nach rechts: Hartmut Claes, Sr. Elisabeth Both, Hermann Suerkemper (Caritas-Vorsitzender), Sr. Judith Pella, Dr. Ralf Brauksiepe, Dechant Roland Falkenhahn, Sr. Monika Brunkow, Michael Lobbe (Fachbereichsleiter ambulante Pflege)

Studiengang Pflegemanagement

Seit 1994 bietet die Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, die außer Köln auch Standorte in Aachen, Münster und Paderborn hat, den berufsbegleitenden Studiengang Pflegemanagement an. Studenten müssen eine Ausbildung im Pflegebereich und mindestens zwei Jahre Berufserfahrung nachweisen. Voraussetzung für einen Studienplatz ist eine Festanstellung im Pflegebereich. Für Dekan Gärtner ist diese Rückkoppelung an die berufliche Praxis sehr wichtig: „Die Dozenten haben gute Praxisbezüge, und wir pflegen den Kontakt zu den Einrichtungen und Anstellungsträgern."

Constanze Hacke (KNA)

Hinweis: Ein spezieller Informationstag ist am 26. November in der KFH, Fachbereich Gesundheitswesen, Wörthstraße 10, 50668 Köln. Anfragen an Diplom-Pflegewirt Guido Heuel über das Dekanatssekretariat (02 21) 77 57-1 98.

Ein Teufelskreis

Unterfinanzierung führt zu Personalnotstand auf Kosten der Pflegebedürftigen

Von Markus Lahrmann

Caritas und Diakonie schlagen Alarm: Eine Pflege-Katastrophe bahnt sich an. Es herrsche ein skandalöser Personalnotstand, warnt der Vorsitzende des Verbandes katholischer Heime und Einrichtungen in der Altenhilfe in Deutschland, Aachens Generalvikar Manfred von Holtum. Ein Grundproblem sei, „dass dem Pflegeheim eine leistungsgerechte Vergütung für die von ihm erbrachten Pflegeleistungen versagt bleibt". In Essen wehrt sich ein Heim gegen diese Ungerechtigkeiten – mit Erfolg.

Im Essener Marienhaus arbeiten 30 bis 40 Prozent mehr Personal als in vergleichbaren Häusern, behauptet Georg Bonerz (52), der Leiter der Einrichtung. Mit 102 vollstationären Plätzen und zehn Plätzen in der Kurzzeitpflege liegt die Einrichtung von der Größe her etwa im Durchschnitt. Das Marienhaus beschäftigt 75 Vollzeitkräfte, davon 54,5 in der Pflege und im sozialen Dienst, der Rest arbeitet in Hauswirtschaft, Technik und Verwaltung. Rund 48 Prozent der Bewohner gelten als „schwerstpflegebedürftig" (Pflegestufe III), landesweit sind es im Durchschnitt gerade mal 24 Prozent. 22 Bewohner sind gar als Härtefälle anerkannt, eine Einstufung, die sonst kaum vorgenommen wird.

Wer pflegebedürftig im Sinne des Gesetzes und damit gegenüber den Pflegekassen anspruchsberechtigt ist, entscheidet faktisch der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) nach einer Untersuchung. Dabei wird unterschieden zwischen „erheblich Pflegebedürftigen" (Stufe I), schwer Pflegebedürftigen (Stufe II) und Schwerstpflegebedürftigen (Stufe III). Als Härtefälle gelten Pflegebedürftige, wenn ein außergewöhnlich hoher und intensiver Pflegeaufwand erforderlich ist, der das übliche Maß der Pflegestufe III weit übersteigt. Die Einstufung hängt generell vom Zeitaufwand für die Pflege ab. „Die Angehörigen pflegen, bis sie nicht mehr können", sagt Bonerz. „Dann kommen die Menschen zu uns, sind aber in der Regel falsch, das heißt zu niedrig eingestuft", erklärt er. Auf weit über 60 Prozent schätzt der Heimleiter das Korrekturpotenzial bei den Einstufungen durch den MDK zum Zeitpunkt der Aufnahme der Bewohner.

Die Korrekturen sind für den Heimträger wichtig, denn über sie läuft seine Refinanzierung. Je nach Pflegestufe übernimmt die Pflegeversicherung die Kosten im Heim in Höhe von 1 023, 1 279 oder 1 432 Euro bis maximal 1 688 Euro bei den Härtefällen. Mit diesem Geld aus der Pflegeversicherung sowie Zuzahlungen der Bewohner sollen die Pflegekosten im Heim abgedeckt werden, dazu kommen die so genannten Hotelkosten und die Investivkosten. Es wird gerade für die Heimträger jedoch zunehmend schwieriger, die notwendigen individuellen Pflegemaßnahmen in den vorgegebenen Zeitrahmen zu pressen, der entscheidend über Pflegesatz und damit über Kostenerstattung bestimmt. Denn das Hauptinteresse der Kassen ist die Beitragsstabilität, das bedeutet niedrige Kosten. Dagegen wissen die Heime oft nicht, wie sie genügend qualifiziertes Personal finden und bezahlen sollen. Es sei denn, sie kämpfen gemeinsam mit den Bewohnern gegen die Einstufungsentscheidung, so wie das Marienhaus in Essen.

Widerspruch und Klage

In so einem Fall legt der Bewohner bzw. seine Angehörigen oder Betreuer als Vertreter zunächst Widerspruch gegen die Einstufung bei der Pflegekasse ein. Bleibt diese bei ihrer Entscheidung, geht die Sache letztendlich vor das Sozialgericht. Kläger ist der Versicherte, die Pflegekasse Beklagte. Teilweise sind sogar in Eilfällen Beweissicherungsverfahren notwendig, in denen Bescheinigungen eines Arztes und des Pflegeteams vorgelegt werden, dazu die – inzwischen gesetzlich vorgeschriebene – aufwändige Pflegedokumentation. Das Gericht ernennt daraufhin einen neutralen Sachverständigen, nach dessen Begutachtung es sich dann meist bei der Entscheidung richtet.

Das Marienhaus hat seit 1996 insgesamt über 50 Verfahren begleitet, in denen es um die Bewertung der Pflegebedürftigkeit geht. „Wir kämpfen für die Bewohner und für uns um eine gerechte Einstufung entspre-

chend den Rahmenrichtlinien des Sozialgesetzbuches XI“, sagt Bonerz. „Unser Ziel ist es, die Pflege unter menschenwürdigen Bedingungen zu erhalten“, betont er. Das bedeutet in voller Konsequenz, das Marienhaus wie ein Wirtschaftsunternehmen zu betreiben. Bei bestehenden Kosten für das Personal, das abgestimmt ist auf eine Auslastung des Hauses von 98 Prozent, davon knapp die Hälfte der Bewohner in Pflegestufe III, wäre die Existenz des Hauses gefährdet, wenn die Einnahmen wegbrechen. „Da liegen reichlich Märker dazwischen, wenn nur noch Pflegende in Stufe II kommen, wir aber Personal für Stufe III haben“, sagt Bonerz. Die zwangsläufige Folge wären Entlassungen von Mitarbeitern.

Fehler im System

Die Anzahl der Bewohner im Haus ändert sich jedoch ständig, im vergangenen Jahr starben 50 Bewohner. „Die Kunst ist es dann, adäquat zu ersetzen, denn Bewerber in Pflegestufe III gibt es kaum“, sagt Pflegedienstleiter Hubertus Volmer. Dabei werden die Kriterien im Aufnahmeverfahren durchaus offen gelegt. Die meisten neuen Bewohner kommen in „einem viel schlechteren Zustand als früher“, erklärt Volmer, weil sie länger zu Hause bleiben und von Angehörigen gepflegt werden, bis es nicht mehr geht. Sind sie dann im Heim, beginnt häufig der Kampf um die korrekte Pflegeeinstufung. „Bei uns kommen übrigens auch Zurückstufungen vor, wenn sich der Zustand der alten Menschen deutlich verbessert hat“, sagt Bonerz nicht ohne Stolz.

Bis zur Entscheidung der Kassen, schlimmstenfalls des Sozialgerichts vergehen immer Monate, manchmal sogar Jahre. Das Geld wird dann rückwirkend gezahlt, nachdem das Haus in Vorleistung getreten ist. „Wir rennen für die Jahre 1999 bis 2002 noch 232 000 Mark aus 28 Fällen hinterher“, sagt Heimleiter Bonerz.

Nicht alle Häuser sind so streitbar. Manche sparen an den Rücklagen für Investitionen, was sie nicht dürfen. Andere sparen zwangsläufig am Personal. Nicht selten sinkt bei chronischer Unterfinanzierung die Qualität der Pflege – zu Lasten der Bewohner und zu Lasten des Personals. „Es ist ein Teufelskreis“, sagt Elsbeth Kosthorst, Abteilungsleiterin Soziales und Gesundheit beim Diözesan-Caritasverband Essen. Sie beziffert den Unterschied zwischen zwei Pflegestufen auf 0,1 Planstellen. Sind zehn Bewohner zu niedrig eingestuft, fehlt eine komplette Kraft in der Pflege. Wie sollen die Einrichtungen unter wirtschaftlichem Druck verantwortlich steuern? Das Pflegeheim bleibt auf seinen Kosten sitzen. Und sucht verzweifelt nach Auswegen, die manchmal auch illegal sind. So hat ein Medizinischer Dienst im Frühjahr 2000 in 22 Pflegeeinrichtungen einen Personalabgleich durchgeführt und herausgefunden, dass in 18 Einrichtungen die personelle Besetzung nicht mit den kalkulierten Personalzahlen und -kosten übereinstimmte. In vier Einrichtungen fehlten gar mehr als zehn Vollkräfte, was dem Heimträger einen Erlös („windfallprofit“) von rund 400 000 Euro erbrachte, dem keine entsprechende Leistung gegenübersteht (aus „Pflege-Qualitätssicherungsgesetz“, hrsg. von der AOK).

Rechtsanwalt Frank Schleicher, zudem Fachanwalt für Sozialrecht, sieht den Fehler im System. Das Ziel der unter Norbert Blüm konzipierten Pflegeversicherung sei die Pflege zu Hause gewesen. Nach der derzeitigen Rechtslage fehlt es an klaren Anspruchsgrundlagen für den Heimträger. „Er arbeitet für Kasse und Bewohner vor, während die Kassen immense Zinsen sparen“, sagt Schleicher. Der Heimträger trägt das wirtschaftliche Risiko, ist aber auf der Einnahmenseite von dem Ergebnis der Begutachtung und dem Mitwirkungswillen des Bewohners abhängig. ◄

Alte Menschen haben Rechte, die sie nicht immer selbst einklagen können. Sie müssen sich auf die garantierte Hilfe der Gesellschaft verlassen können.

Weiterhin Nachbarn

Ehrenamtliche im Altenheim verstärken das soziale Netz und ergänzen die Pflegekräfte

Von Markus Lahrmann

Fünf Säulen zieren das Reginenhaus in Hamm-Rhynern. Auf ihnen ruht nicht etwa das Bauwerk aus Stein, Stahl und Glas, sondern es sind menschliche Säulen, Säulen der Nächstenliebe. Sie bilden das Fundament für Zuwendung und Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner. Weit über das Maß hinaus, das hauptamtliche Pflegekräfte rein zeitlich leisten können.

Rund 150 Ehrenamtliche kümmern sich in fünf verschiedenen Aufgabenbereichen um die 71 Bewohner des Altenheimes. Das Haus in Trägerschaft der Kirchengemeinde St. Regina kann zu Recht als Vorzeige-Einrichtung gelten.

Forciert wurde die Arbeit mit Ehrenamtlichen 1994, als sich die Ordensschwestern der Salzkottener Franziskanerinnen aus dem Haus zurückziehen mussten. Damals begann der Pastor der Kirchengemeinde, Mütter der Kommunionkinder anzusprechen, ob sie die Begleitung der alten Menschen zum Gottesdienst übernehmen oder Spielemorgen gestalten könnten. In den Jahren zuvor hatte eine Frau aus dem Ort einen Besuchsdienst organisiert. „Wenn man das einmal aufgebaut hat, dann geht das, aber bis sie es geschafft hatte, musste diese Frau viele Mühen auf sich nehmen und viele Menschen fragen“, sagt Heimleiter Johannes Kochanek bewundernd. Jeder Bewohner hat also einen Paten aus dem Ort, der ihn besucht. Wenn jemand ausfällt, muss wieder jemand gesucht werden. Kochanek ist selbst jahrelang „durch die Vereine in der Gegend getingelt“, hat Vorträge über Pflegeversicherung und Alt-Werden gehalten und nebenbei dafür geworben, sich zu engagieren. „Inzwischen ist es so, dass sich Leute von selbst hier melden, wir mussten auch schon jemanden abweisen, weil der Bedarf gerade mal gedeckt war“, sagt der gelernte Religionspädagoge.

Sterbebegleitung und Qualitätssicherung

Der Besuchsdienst – übrigens ökumenisch, sodass evangelische Bewohner auch einen evangelischen Paten haben – besteht derzeit aus 71 Ehrenamtlichen. Das entspricht der Zahl der Bewohner des Hauses. Hinzu kommen (als zweite „Säule“) 25 ehrenamtliche Mitarbeiter in Betreuungsangeboten. Sie spielen mit den Bewohnern Brettspiele, singen und musizieren und organisieren Lesestunden, Erzählcafés und Bildungsangebote. Rund 45 Ehrenamtliche leisten in der großzügigen Cafeteria Dienst (dritte „Säule“), einige zusätzlich zu ihrem Besuchsdienst. In einer Arbeitsgruppe Sterbebegleitung sind zehn Ehrenamtliche engagiert. Ganz außergewöhnlich ist jedoch die fünfte „Säule“: Zehn Ehrenamtliche beteiligen sich an der Qualitätssicherung.

Das Reginenhaus hat als eines der ersten Häuser auf Bundesebene das so genannte „Dementia-Care-Mapping“ als Qualitätssicherungsinstrument in der Dementenpflege implementiert. Dabei beobachten speziell ausgebildete hauptamtliche und auch eben ehrenamtliche Mitarbeiter die Wirkung von pflegerischem und betreuerischem Handeln auf das Wohlbefinden der Bewohner. Die Ergebnisse haben Auswirkungen auf die

Pflegeplanung und damit auf die Art der Zuwendung, die den mehr oder weniger verwirrten Bewohnern zuteil wird.

Dabei ist das Ehrenamt eben kein Stellenersatz. Heimleiter Kochanek hält natürlich den Pflegepersonalschlüssel ein, der den Einsatz von mindestens 50 Prozent examinierter Fachkräfte vorschreibt. „Sie wollen nicht Gewissen beruhigen, sie verstehen sich als Nachbarn und als Garanten für das Aufrechterhalten des sozialen Netzes“, beschreibt Kochanek die Motivation der Ehrenamtlichen. Nicht selten besteht auch der Wunsch, sich selbst auf das Alter vorzubereiten, Berührungsängste zu verlieren. „Da müssten eigentlich flankierend Begleitung, Fortbildungsmaßnahmen und Krisenangebote geleistet werden, aber das übersteigt unsere Kräfte und Mittel“, sagt Kochanek. Dabei müht man sich jetzt schon enorm.

Beim Neubau des Reginenhauses vor wenigen Jahren entwarf der Architekt mehrere lichtdurchflutete Räume und helle Orte, die wie dieser Innenhof zur Begegnung und zum Verweilen einladen.

„Arbeitsplatzbeschreibung“

Die Heimleitung erstellt so etwas wie eine Stellenumschreibung für jeden Freiwilligen, der kommt. Dabei werden Aufgaben und Zeitaufwand definiert. Es folgen Vorstellung und Einführung. Ehrenamtliche können sowohl über den Förderverein als auch über den eigenen Vorstand, der ein eigenes Organ bildet, an Entscheidungen über die Zukunft des Hauses mitwirken. Jede Säule hat einen eigenen Sprecher, der die Interessen des Bereiches im Vorstand vertritt. Zudem werden die Ehrenamtlichen genau wie Hauptamtliche an der Überprüfung der Umsetzung des Leitbildes beteiligt und in den Fortbildungsplan mit einbezogen.

„Wir könnten die Arbeit mit den Ehrenamtlichen optimieren, aber das übersteigt unseren Rahmen“, sagt Kochanek. Das könne auch der gruppenübergreifende Dienst nicht leisten, denn dann würde die Zeit für die Bewohnerinnen und Bewohner fehlen. Das Reginenhaus hat jetzt einen Antrag an die Stiftung Wohlfahrtspflege gestellt. Vielleicht findet diese ja die generationenübergreifende Arbeit mit den Ehrenamtlichen ebenfalls vorbildhaft und förderungswürdig. ◄

Stolz auf sein Personalmanagement der Haupt- und Ehrenamtlichen: Heimleiter Johannes Kochanek Fotos: Lahrmann

Heißer Herbst

NRW-Wohlfahrtsverbände wehren sich gegen „Sozial-Kahlschlag“

Von Markus Lahrmann

Mit einer Kampagne „Geschlossen gegen Sozial-Kahlschlag“ versucht die Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen, die laufenden Haushaltsberatungen noch zu beeinflussen.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hatte im Juli einen Haushaltsentwurf für 2003 vorgelegt, der Einsparungen in Höhe von 1,4 Milliarden Euro vorsah. Davon entfallen auf das Sozialministerium von Harald Schartau 59 Millionen Euro und auf Birgit Fischers Familienministerium 58 Millionen Euro. Die Debatte dauerte nach Redaktionsschluss noch an.

Zur Streichliste von Frau Fischer gehörte beispielsweise die Förderung von Kinder-, Familien- und Altenerholung. Der Landesjugendplan sollte um neun Millionen Euro schrumpfen, bei Jugendwohnheimen standen 5,5 Millionen auf der Kippe. In der Familienbildung drohten Kürzungen von pauschal zehn Prozent, in der Sucht- und Drogenpolitik sollten 4,5 Millionen Euro eingespart werden. Auch die kommunalen Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen sollen nach den Entwürfen kein Geld mehr aus Düsseldorf erhalten. Die Wohlfahrtsverbände befürchten, dass die Kommunen bei den Zuschüssen für freie Träger sparen, um diese Lücken zu schließen.

Und die Liste scheint endlos: Die Investitionskostenförderung bei den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und den Berufsbildungsstätten sollte um 20 Prozent sinken, bei den Zuschüssen für Einrichtungen der Weiterbildung sollten zehn Prozent gekürzt werden. Besonders perfide ist die angedrohte Streichung der Mittel für die Fort- und Weiterbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Altenpflege in Höhe von knapp 4,1 Millionen Euro. „Die zahlreichen Bekundungen zur Bedeutung des Ehrenamts und zur Notwendigkeit, es zu fördern, sind wenige Monate nach Ende des Jahrs des Ehrenamts offensichtlich wieder vergessen“, ärgerte sich Münsters Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann.

„Unverantwortlich“

Auch erfolgreiche Projekte in der Straffälligenhilfe sind vom Aus bedroht. Insgesamt 2,1 Millionen Euro wollte das Justizministerium dabei einsparen. Betroffen waren Projekte zum Täter-Opfer-Ausgleich, zur Vermittlung gemeinnütziger Arbeit, zur Behandlung von Sexualstraftätern, zur Haftvermeidung und -verkürzung und die Beratungsstellen für Inhaftierte und deren Angehörige. Es sei „unverantwortlich, an dieser Stelle zu kürzen“, kritisierte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Winfried Risse. Schließlich leiste die Straffälligenhilfe ▶

Doppelsinnig und treffsicher: Mit diesem Plakat warnt die Wohlfahrtspflege vor den Kürzungen.

„einen wichtigen Beitrag zur inneren Sicherheit“ durch die Reduzierung von Rückfällen. Der Caritasdirektor warnte angesichts sinkender Kirchensteuermittel vor der Illusion, „dass die Kirchen die Kürzungen aus Eigenmitteln auffangen“ könnten.

Genau das scheint aber Steinbrücks Kalkül gewesen zu sein. Die Landesregierung hatte die so genannte Globaldotation für die Wohlfahrtsverbände nicht beschnitten. Gleichzeitig äußerte der Finanzminister die Erwartung, „dass sich die Wohlfahrtsverbände noch stärker an der Erfüllung gemeinsamer Anliegen beteiligen und entsprechende Aufgaben für das Land übernehmen“.

Doch solchen Forderungen widerspricht der amtierende Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG), Jörg Steinhausen: „Personelle und materielle Reserven sind erschöpft“, sagte er. Die soziale Arbeit werde seit zehn Jahren intensiv bespart, unterstrich Steinhausen und warnte vor einem Flächenbrand. Insgesamt ließen die Sparvorschläge jegliche Konzeption vermissen, lautete weitere Kritik. Und für die Kürzungen im Justizhaushalt hatte Steinhausen nur noch Spott übrig: Gespart werde offensichtlich nach dem Motto „Denn sie wissen nicht, was sie tun.“ Steinhausen kritisierte den „Politikwechsel von jetzt auf gleich“. Dadurch sei „die Geschäftsgrundlage zwischen Wohlfahrtsverbänden und Landesregierung berührt“. Einmütig wie selten starteten die Wohlfahrtsverbände trotz Bundestagswahlkampf ihre Kampagne gegen den „sozialen Kahlschlag“. Wie erfolgreich sie damit sind, wird sich im Herbst zeigen. Die Haushaltsklausur der SPD-Fraktion ist für Ende Oktober terminiert. ◄

Aktuelle Informationen und Kommentare über den Stand der Haushaltsdebatte erhalten Sie über unseren Info-Dienst „Caritas in NRW – AKTUELL“. Abo per Post (Adresse siehe Impressum S. 50) oder als Online-Newsletter (www.caritas-nrw.de).

Weitere Informationen zur Kampagne der Wohlfahrtsverbände: www.sozial-kahlschlag.de

Im Advent wieder „LICHTBLICKE“

Spendenaktion der NRW-Lokalradios und der Wohlfahrtsverbände für Kinder und Familien in Not

Pünktlich zum Advent startet die gemeinsame Spendenaktion LICHTBLICKE der NRW-Lokalradios mit den kirchlichen Hilfswerken Caritas, Diakonie und den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen. Schirmherrin der Aktion für in Not geratene Kinder und Familien in NRW ist erneut die Gattin des NRW-Ministerpräsidenten, Karin Clement.

Die Aktion LICHTBLICKE hat bei den Lokalradio-Hörern in NRW ein Bewusstsein für soziale Not geschaffen, die praktisch „vor der Tür“ herrscht. Die Aktion hilft da, wo es keine andere Unterstützung mehr gibt. Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen im Alter bis zu 21 Jahren sind die Zielgruppe.

Wie schon in früheren Jahren prüfen auch diesmal wieder Caritas- und Diakonieeinrichtungen vor Ort die Notlage bzw. Bedürftigkeit der Kinder und Familien und stellen sicher, dass die vom ehrenamtlich tätigen LICHTBLICKE-Spendenbeirat bewilligten Gelder ausschließlich zweckgebunden eingesetzt werden.

Im Advent berichten die NRW-Lokalsender wieder vier Wochen lang täglich über konkrete Einzelfälle der Not von Kindern und Familien in NRW. Im Gegenzug für Spendenzusagen dürfen sich die Hörerinnen und Hörer ihren Musiktitel wünschen oder Grüße über den Äther schicken. ◄

Schirmherrin der Aktion für in Not geratene Kinder und Familien in NRW ist die Gattin des NRW-Ministerpräsidenten, Karin Clement.

Spenden an:
Sozialbank Köln
BLZ: 370 20 500
Konto-Nr.: 7070

E-Mail: info@lichtblicke.de
Internet: www.lichtblicke.de

Schwarzer Peter

Bei der Krankenhausplanung in NRW geht es um Bettenabbau und Gesichts-Wahrung

Von Benedikt Merten

Seit einiger Zeit befindet sich die „Krankenhausplanung“ im Mittelpunkt der krankenhauspolitischen Diskussion im Lande NRW. Die qualitativen und quantitativen Planungsgrundsätze stehen fest, der Planungsprozess im Landesteil Rheinland hat bereits begonnen und wird landesweit durch Koordinierungsstellen krankenhausseitig unterstützt. Es geht darum, die unsinnige Schließung von Fachabteilungen und Krankenhäusern zu verhindern.

Den fünf nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbänden sind 236 Krankenhäuser angeschlossen. Die Caritas vertritt die Interessen der ihr angeschlossenen Krankenhäuser auf der Bundes- und Landesebene durch Mitarbeit in Gremien der Deutschen Krankenhausgesellschaft, der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen sowie des Landes NRW. Die Diözesan-Caritasverbände informieren und beraten die Mitglieder in krankenhausspezifischen Fragestellungen, insbesondere im strategisch bedeutsamen Bereich der Krankenhausplanung.

Mit der Änderung des KHG NRW im Jahre 1998 hat sich das Planungsrecht wesentlich verändert. Früher war für die Aufstellung und Fortschreibung des Krankenhausplanes allein das Land zuständig, mit der Novellierung wurde den Krankenkassen ein gewichtiges Mitspracherecht eingeräumt. Zwar stellt das Gesundheitsministerium den Krankenhausplan auf und schreibt ihn fort, umgesetzt werden aber neben der Änderung der sog. Rahmenvorgaben und Schwerpunktfestsetzungen insbesondere regional ausgehandelte Planungskonzepte.

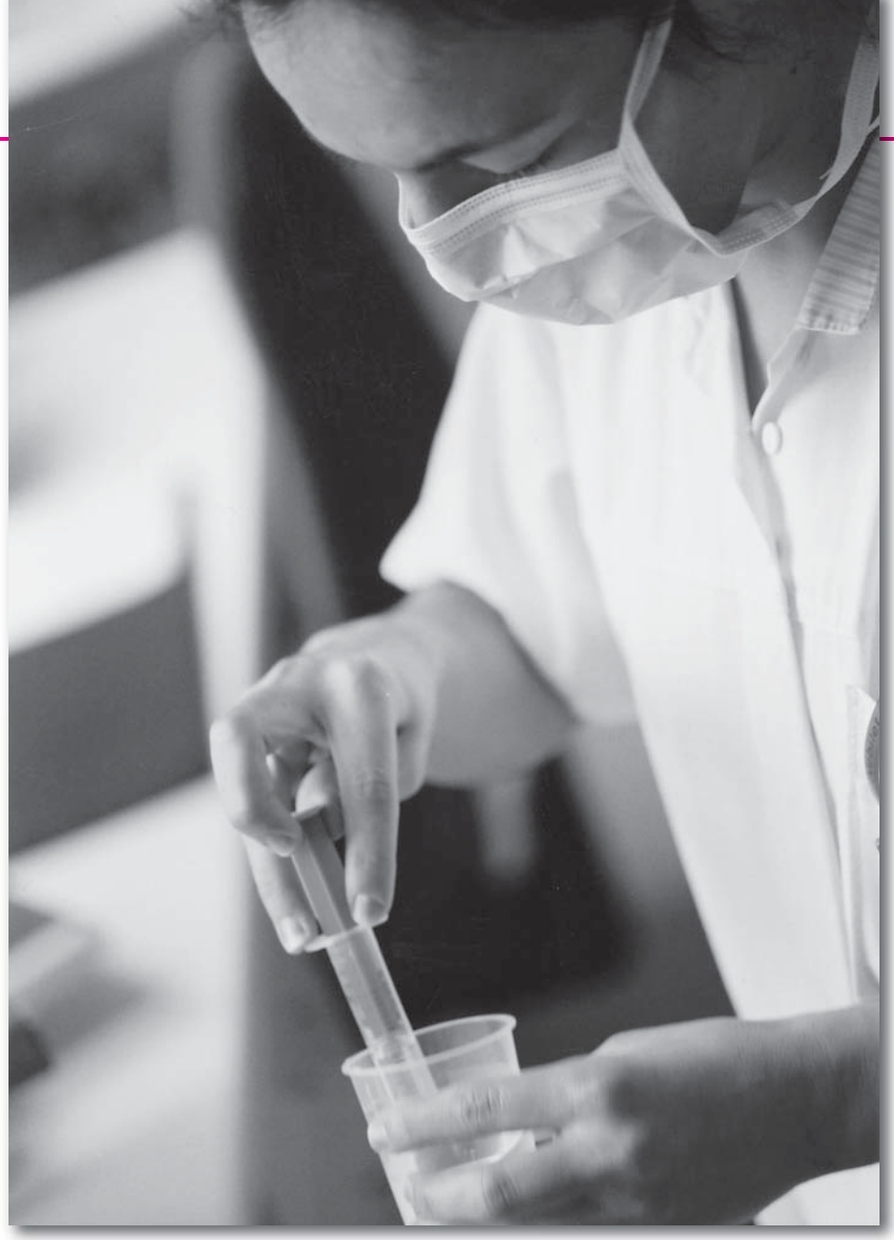
Während die Rahmenvorgaben die qualitativen und quantitativen Planungsgrundsätze beinhalten und die Schwerpunktfestsetzungen in der Regel besondere Leistungsangebote an Universitätskliniken und Schwerpunktkrankenhäusern beschreiben, sind die Leistungsstrukturen und somit die Planbettenzahlen in den einzelnen Krankenhäusern vor allem über regionale Planungskonzepte zu verändern. Diese Planungskonzepte sind zwischen den Krankenhäusern und den Landesverbänden der Krankenkassen zu verhandeln, die Letztentscheidung liegt beim Ministerium. In den letzten vier Jahren ging es in einigen Krankenhäusern, insbesondere im Rheinland, noch darum, das Leistungsangebot zu diversifizieren, d. h., insbesondere Teilgebiete (z. B.: Unfallchirurgie, Gastroenterologie etc.) zu etablieren und im Gegenzug maßvoll Betten abzubauen. Dies ist in Zukunft kaum noch zu erwarten, vielmehr ist mit einem Bettenabbau zu rechnen. Denn die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, nach über 20 Jahren einen völlig neuen Krankenhausplan aufzustellen. Dabei sollen Überkapazitäten abgebaut werden und Anpassungen an neue Anforderungen vorgenommen werden. Ein Bettenabbau könnte, so die nachvollziehbare Intention des Landes, die pauschalen Fördermittel senken.

Um diesen Bettenabbau quantitativ festzulegen, hat die Landesregierung nach vorheriger Beratung im Landesausschuss für Krankenhausplanung quantitative Eckwerte vereinbart, die dazu dienen sollen, die notwendigen zukünftigen Versorgungskapazitäten zahlenmäßig festzulegen. Rein rechnerisch sind rund 9 000 Betten im Lande NRW abzubauen. Dabei verteilt sich der von der Landesregierung vorgegebene Abbau etwa gleichmäßig auf die Landesteile Westfalen-Lippe und Rheinland. Schaut man sich die Fachabteilungen näher an, sind aufgrund immer kürzer werdender Verweildauern sowie aufgrund des Trends zum ambulanten Operieren insbesondere die schneidenden Fächer überproportional betroffen. Gerade in den Fachabteilungen Chirurgie, Gynäkologie sowie in der Orthopädie ist vielerorts die Bettenzahl nicht mehr bedarfsgerecht. Darüber hinaus kommt dem demografischen Wandel der deutschen Bevölkerung ein nicht unerheblicher Einfluss auf die Planung stationärer Kapazitäten zu. Geringe Geburtenzahlen führen zum Abbau in den geburtshilflichen und letztendlich auch in den kindermedizinischen Abteilungen.

Verhandlungen in großem Stil

Dem gegenüber steht ein Aufbau in den geriatrischen Abteilungen. Wie aber der nunmehr anstehende Prozess der Krankenhausplanung in der Praxis aussehen wird und welche Ergebnisse er nach sich zieht, kann nur schwerlich prognostiziert werden. Fest steht, dass die Landesverbände der Krankenkassen im Rheinland beabsichtigen, die Krankenhäuser im großen Stile in Zukunft zu Verhandlungen über regionale Planungskonzepte aufzufordern. Die Termine in den einzelnen Versorgungsgebieten sind den Krankenhäusern bereits mitgeteilt worden. Als Erstes wurden die Krankenhäuser der Stadt Düsseldorf, des Kreises Mettmann sowie der Städte Solingen, Wuppertal und Remscheid zu Verhandlungen aufgefordert. Die anderen Regionen im Rheinland werden nach den Vorstellungen der Krankenkassen voraussichtlich im nächsten Jahr verhandelt. Die Landesverbände der Krankenkassen in Westfalen-Lippe sind bisher noch nicht aktiv auf die Krankenhäuser zugegangen, mit der Einleitung der Verfahren ist aber in naher Zukunft zu rechnen.

Nach dem Willen des Gesetzgebers verhandelt der einzelne Krankenhausträger das regionale Planungskonzept mit den Landesverbänden der Krankenkas-



sen, sodass ein gewisses strukturelles Ungleichgewicht entsteht. Um dieses Ungleichgewicht zu reduzieren und die Krankenhäuser auf dem Weg durch den „Planungsdschungel“ zu begleiten, haben die Spitzenverbände auf Initiative des Verbandes Evangelischer Krankenhäuser Rheinland/Westfalen/Lippe sowie der Diözesan-Caritasverbände in NRW Koordinierungsstellen in den einzelnen Versorgungsgebieten eingerichtet. Sie sind mit Verbandsvertretern und Krankenhausgeschäftsführern besetzt.

Wesentliches Ziel dieser Koordinierungsstellen ist es, die Krankenhäuser eines jeweiligen Versorgungsgebietes zu informieren und gemeinsame Strategien gegen mögliche rechtswidrige Vorgehensweisen der Kostenträger zu vereinbaren. Ferner bieten einige Koordinierungsstellen an, einen eigenen Datenpool aufzubauen, damit jedes Krankenhaus sich umfassend auf die Verhandlungen mit den Kostenträgern vorbereiten kann und nicht dem Datenmonopol der Kassen unterliegt.

Strategie der Kostenträger

Es lässt sich bislang nur spekulieren, welche Strategie die Kostenträger verfolgen werden und wo sie Betten abbauen wollen. Die Kassen könnten rein rechnerisch vorgehen und vorschlagen, die einzelnen Fachabteilungen entsprechend ihrem Auslastungsgrad nach der Rasenmäher-Methode zu beschneiden. Ob die Kassen ihr Ziel, über die Krankenhausplanung Finanzmittel einzusparen, damit erreichen, ist fraglich. Denn die Planungsgrundsätze des Landes sehen vor, dass vorwiegend Abteilungen und Krankenhäuser zu schließen sind.

Ob insbesondere ganze Krankenhäuser in naher Zukunft tatsächlich infolge der Krankenhausplanung geschlossen werden, bleibt abzuwarten. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass gerade kleinere Krankenhäuser in der Region, also in Mittel- und Kleinstädten, häufig größter Arbeitgeber sind. Haben die Krankenkassen den Mut, Schließungen in diesen Fällen vorzuschlagen mit der Folge, dann in der Öffentlichkeit als „Arbeitsplatzkiller“ dargestellt zu werden?

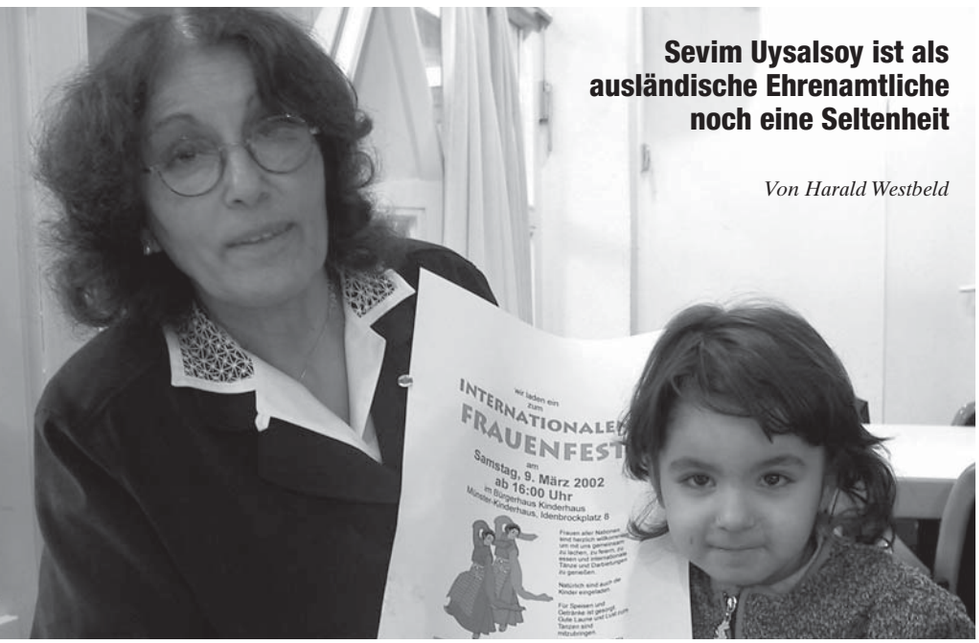
Ob es zudem dabei – der Intention des Gesetzgebers folgend – zahlreiche geeinigte regionale Planungskonzepte gibt, erscheint höchst fraglich. Denn es ist kaum zu erwarten, dass ein Krankenhausträger einvernehmlich mit den Kassen die Schließung seines eigenen Betriebes herbeiführt. Dies hat zur Folge, dass die Kostenträger in vielen Fällen ihre Vorstellungen von der zukünftigen Krankenhausstruktur dem Ministerium vorlegen werden. Die Landesregierung hätte dann letztendlich doch wieder den schwarzen Peter. Sie muss entscheiden, welche Krankenhäuser und Abteilungen geschlossen werden sollen. In einem solchen Fall ist dann aber zum einen für das betroffene Krankenhaus der Rechtsweg eröffnet, und zum anderen stehen vielfach Verbände, Gewerkschaften sowie die örtliche Politik, die sich für den Erhalt der Krankenhäuser und damit der Arbeitsplätze stark machen werden, auf der Seite der betroffenen Krankenhäuser.

Dieser Prozess der Krankenhausplanung wird vermutlich weit über das Jahr 2003 hinausgehen. Ob das Planbett dann noch eine große Bedeutung haben wird, ist zumindest zu bezweifeln. In dem in naher Zukunft auf die Krankenhäuser zukommenden DRG-System der Abrechnung nach Fallpauschalen werden nicht mehr Betten, sondern vielmehr Leistungen im Vordergrund stehen. Dann wird es auch zu einer leistungsorientierten Krankenhausplanung kommen.

Ziel muss es sein, eine wohnortnahe Krankenhausversorgung für die Bevölkerung sicherzustellen. Notwendig ist eine Vielfalt der Träger, damit auch kirchliche Krankenhäuser in Zukunft ihren Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung leisten können. ◄

Ass. jur. Benedikt Merten ist Abteilungsleiter Krankenhäuser beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln.

Motor der Migrationsarbeit



Sevim Uysalsoy ist als ausländische Ehrenamtliche noch eine Seltenheit

Von Harald Westbeld

Sie kocht den Tee, probiert mit der kleinen Alize das Karnevalskostüm an, gibt deren Mutter schnell ein paar Tipps zum Weiternähen und klärt zwischendurch noch ein paar Probleme mit einer Heizkostenabrechnung. Beim Offenen Treff der ausländischen Frauen im Bürgerzentrum Kinderhaus ist Sevim Uysalsoy der Dreh- und Angelpunkt.

Aber nicht nur hier. Barbara Klein-Reid vom Migrationsdienst des Diözesan-Caritasverbandes Münster nennt sie den „Motor der Migrationsarbeit im Stadtteil". Und jemand wie sie ist nach wie vor eine Seltenheit. Ehrenamtliche gibt es in der Migrationsarbeit viele, aber Nicht-Deutsche immer noch ganz wenige. Seit 21 Jahren engagiert sich die 60-jährige Türkin vor allem für moslemische Frauen und wirkt dabei keineswegs müde: „Zu Hause sitzen bringt mir nichts. Ich brauche Kontakte", bekennt sie und nutzt das Gespräch, um zwischendurch mit Barbara Klein-Reid organisatorische Details für das nächste Internationale Frauenfest zu besprechen, das längst zu einer weithin bekannten Tradition geworden ist und das vor allem sie auf die Beine stellt. Anerkannt worden ist all dieses Engagement mit der Verleihung der Münster-Nadel.

Was sich alles aus einem ersten Nähkurs entwickeln würde, war vor gut zwei Jahrzehnten nicht abzusehen. Sevim Uysalsoy ist Schneiderin und wurde von der Caritas für einen Kurs engagiert. Weitere folgten, und immer mehr Teilnehmerinnen wollten, dass Sevim Uysalsoy für sie darüber hinaus Sachen nähte. Als das überhand nahm, wurde stattdessen der Offene Treff im Bürgerzentrum eingerichtet, bei dem sich noch heute jede Woche rund ein Dutzend ausländische Frauen trifft.

In den Kochkursen, in denen Sevim Uysalsoy orientalische Küche zeigt, machen auch deutsche Frauen mit. Daneben organisiert die Mutter von zwei Kindern Ausflüge oder lädt beispielsweise eine türkische Psychologin ein, die über Kindererziehung referiert. Alle kennen sie deshalb, und sie kennt ihre Sorgen und Nöte. Sevim Uysalsoy vermittelt deshalb auch Räume im Bürgerzentrum für Hochzeiten, berät bei Schul- und Erziehungsproblemen und engagiert sich in einer Bürgerinitiative gegen die hohen Heizkostennachzahlungen in ihrer Nachbarschaft, von denen vor allem auch die ausländischen Mitbürger betroffen sind. Aktuell hat sie den Kontakt zu zehn arabischen Familien geknüpft, die nach Kinderhaus gezogen sind. Sie hat ihnen angeboten, gemeinsam ihre traditionelle Kleidung zu nähen, und will sie zum Frauenfest einladen.

Für Barbara Klein-Reid gibt es keinen Zweifel: „Dass die Caritas in Kinderhaus so einen guten Namen hat, ist vor allem Sevim zu verdanken." Die Migrationsdienste könnten die Rahmenbedingungen sicherstellen, aber die Arbeit mache sie. Dabei hat es ihr auch neben ihrem ehrenamtlichen Engagement nie an Beschäftigung gemangelt. Als sie mit ihren Schwestern aus der Südtürkei nach Münster zu ihrem hier studierenden Bruder zog, nähte sie erst Polizeiuniformen, arbeitete dann in einem Modegeschäft und machte sich mit einer Änderungsschneiderei selbstständig. Als die Kinder geboren wurden, musste sie dies aufgeben, stieg aber später wieder in den Beruf ein und war in der Mensa beschäftigt.

Jetzt ist sie in den Ruhestand gegangen, der ihr noch etwas mehr Zeit lässt, ehrenamtlich aktiv zu werden. Inzwischen tut sie das als Deutsche. Mitte der 90er Jahre hat sie sich einbürgern lassen. Ihre Kinder haben in Deutschland ihre Existenz aufgebaut, die Enkelkinder wachsen hier auf: „Wir haben keine Wurzeln mehr in die Türkei." Aber natürlich weiß Sevim Uysalsoy immer noch besser als die deutschen Mitarbeiter im Migrationsdienst, welche Gedanken und Probleme ihre ausländischen Mitbürger bewegen, und sie findet problemlos über die Muttersprache Kontakt zu ihnen. ◄

Arbeit bleibt ein ferner Traum

Caritas-Flüchtlingsberater aus NRW diskutieren Förderprogramme

Mit zwei Stammtisch-Vorurteilen, die sich ohnehin widersprechen, räumt Prof. Dr. Peter Kühne von der Uni Dortmund sofort auf: Flüchtlinge und Asylbewerber wollen arbeiten, und es gibt genügend Arbeitsfelder, in denen keine Gefahr besteht, dass sie deutschen Bewerbern Stellen wegnehmen. Dass trotzdem für fast alle Flüchtlinge „Arbeit ein ferner Traum bleibt", liegt vielmehr an den gesetzlichen und bürokratischen Hürden, die Politiker aller großen Parteien angesichts grummelnder Stammtische immer höher türmen.

Flüchtlingsberater der Caritas aus allen fünf Diözesan-Caritasverbänden diskutierten zwei Tage im Franz-Hitze-Haus in Münster über die Qualifizierung und Beschäftigung von Flüchtlingen, das dafür angebotene Programm EQUAL der Europäischen Union sowie das neue Zuwanderungsgesetz. Im Vordergrund stand dabei die Frage, die Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann in seiner Begrüßung formulierte: „Was können wir in der Caritas tun, um Menschen zu helfen, ihre Würde durch eigene Arbeit zurückzugewinnen?" Selbst in der Region Dortmund, die mit hoher Arbeitslosigkeit kämpfen muss, und in Zeiten der Konjunkturschwäche gibt es einen Arbeitsmarkt für Flüchtlinge, der nicht mit den Interessen deutscher Arbeit Suchender kollidiert. Das hat Prof. Kühne in einer Untersuchung festgestellt. Vor allem in der Gastronomie und der Gebäudereinigung, aber auch im Pflegebereich gibt es nicht genügend Bewerber für die freien Stellen. In anderen, wirtschaftlich begünstigteren Gebieten gilt dies umso mehr und für eine Vielzahl weiterer Berufsfelder.

Auch bringen die Flüchtlinge in der Regel gute Voraussetzungen mit. Sie sind jung und überwiegend gut qualifiziert. Und, so Kühne, sie brächten viel Arbeitswillen mit, um ihre soziale und familiäre Situation in Deutschland zu stabilisieren. ◄

Neuer Fachverband

„Soziale Aspekte dieser Gesellschaft dürfen nicht vernachlässigt werden"

„In Zeiten zunehmender Ökonomisierung dürfen die sozialen Aspekte dieser Gesellschaft nicht vernachlässigt werden." Mit diesem eindringlichen Appell wandte sich der für die Caritas zuständige Dresdener Bischof Joachim Reinelt an die mehr als 400 Teilnehmer der ersten Jahrestagung des neu gegründeten Fachverbandes Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP). Die Vertreter von 670 Mitgliedseinrichtungen mit 75 000 Plätzen für Menschen mit Behinderung diskutierten in Bad Godesberg über die Ausrichtung ihrer Arbeit für Menschen mit Behinderung, über gesetzliche Grundlagen und über die Selbstbestimmung behinderter Menschen. ◄

Alfred Hovestädt

„Deutschland ist ein Einwanderungsland"

Katholische Familienbildungsstätten beschäftigen sich mit kultureller Identität und Integration

Zwei Fehleinschätzungen bestimmen seit Jahrzehnten die Migrationspolitik hierzulande. Davon ist Dr. Lale Akgün, die Leiterin der in Solingen beheimateten Landeszentrale für Zuwanderung, überzeugt. Die erste Fehleinschätzung ist, Deutschland sei kein Einwanderungsland, die zweite, Deutschland betreibe keine Einwanderungspolitik.

Engagiert setzte sich die in Istanbul geborene, aber seit 40 Jahren in Deutschland lebende Psychologin auf der im Katholischen Centrum stattfindenden Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft kath. Familienbildungsstätten dafür ein, die Realitäten anzuerkennen. Längst habe die Statistik die Politik widerlegt: 25 Millionen Menschen sind seit den 50er Jahren aus dem Ausland in die Bundesrepublik gekommen. Sie sind zum Teil wieder in ihr Herkunftsland zurückgegangen oder weitergewandert, aber viele Arbeitsmigranten und Asyl-Suchende leben hier. Darunter sind 1,66 Millionen Kinder und Jugendliche. Zwei Drittel dieser jungen Menschen sind in Deutschland geboren und haben keinerlei Migrationserfahrung. Und doch benötigen sie – wie die älteren Zuwanderer auch – Integrationshilfen.

Akgün ist sich sicher, dass Integration erst dann gelingt, wenn Lehrer in Schulen, Erzieherinnen in Kindertagesstätten, Mitarbeiter in Behörden, wenn also auf der „Anbieterseite" Menschen mit Migrationserfahrung arbeiten. Diese sind allerdings nicht als Spezialisten für Migrationsprobleme gefragt, sondern als Identifikationsfiguren für alle. ◄

Harald E. Gersfeld

Aachen

Soziale Gerechtigkeit ist Zukunfts-Thema

Caritas prangert Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich an

Ernste Mienen: Die Caritas versteht sich nicht nur als Reparaturmeister sozialer Notlagen, sondern bekämpft die Ursachen von Armut. Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders, Fachreferentin Dr. Mechtild Schmitz und Armutsexperte Heinz Liedgens (v. l. n. r.).

Von Gerd Schnitzler

Mit „Wahlprüfsteinen“ und einer Dialogveranstaltung zwischen Caritas und Politik hatte sich der Diözesan-Caritasverband Aachen ganz bewusst in den Bundestagswahlkampf eingemischt. Doch die Forderungen haben auch nach der Entscheidung Bestand. Es geht dem Wohlfahrtsverband um die solidarische Gesellschaft der Zukunft.

Aus der Position der Anwaltschaft für Menschen am Rande unserer Gesellschaft wolle man den politischen Parteien Positionen und Forderungen wie Steine in den Weg legen, so Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders. Es gehe darum, Armut und Ausgrenzung zu überwinden. Drei entscheidende Grundforderungen standen im Mittelpunkt einer Wahlbroschüre: „Die Caritas will, dass Kinder für Familien kein Armutsrisiko sind, dass auch Zuwanderer keinem Armutsrisiko unterliegen und dass Krankheit nicht zur Armut führt! Eine gerechte Sozialpolitik lässt keinen Platz für Elend, Gleichgültigkeit und Bindungslosigkeit“, betonte Schröders. „Denn eine Gesellschaft, die einseitig von der kalten Schonungs- und Rücksichtslosigkeit des Marktes geprägt wird, bekommt zu spüren, dass moralische Indifferenz und latente Feindseligkeit jederzeit in Hass und Gewalt umschlagen können“, warnte Schröders.

Der Diözesan-Caritasdirektor hatte die Verantwortlichen und alle Beraterinnen und Berater in den Regionen des Bistums aufgefordert, die Sorgen und Nöte der Betroffenen gegenüber der Politik zu thematisieren und in den Mittelpunkt des eigenen politischen Handelns zu stellen. Gleichzeitig sollte ein intensiver Dialog über die Zukunft des Sozialstaates mit den Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag in den Regionen des Bistums geführt werden.

Die Caritas fordere eine Gesundheitspolitik und Gesundheitsreform, die sich an erster Stelle am Patienten und an dessen Bedürfnissen orientiere, sagte Fachreferentin Dr. Mechtild Schmitz. „Kinder, Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen, hochaltrige und sozial benachteiligte Menschen bedürfen dabei der besonderen Aufmerksamkeit“, sagte Schmitz. Die Caritas fordert, die Einnahmenstruktur der gesetzlichen Krankenkassen grundlegend zu verändern und Einkünfte aus Vermietung, Verpachtung und Kapitalvermögen zu berücksichtigen.

Kinderarmut ist ein gesellschaftlicher Skandal

Für Familien mit Kindern müsse schnellstens und umfassend Entlastung geschaffen werde, fordert die Caritas. Die schon seit mehreren Legislaturperioden bestehenden massiven Ungerechtigkeiten und die erschreckende Kinderarmut seien ein fortwährender gesellschaftlicher Skandal. Deshalb fordert Heinz Liedgens von der Projektgruppe Armut / Soziale Sicherung der Aachener Caritas, dass der Gesetzgeber massive Verbesserungen in der Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht. Nur dann hätten Frauen und Männer wirklich die Möglichkeit, zwischen Familien- und Erwerbsarbeit zu wählen. In der politischen und gesellschaftlichen Debatte ist die Forderung: „Die Caritas will, dass auch Zuwanderer keinem Armutsrisiko unterliegen“ häufig ein „Stein des Anstoßes“. Integration statt Ausgrenzung lautete der notwendige Paradigmenwechsel in diesem Politikfeld. ◄

Die Pflege braucht eine Bühne und Akteure, um in der Öffentlichkeit auf die Probleme aufmerksam zu machen: „Tag der Pflege“ in Aachen.

Wie viel ist Pflege wert?

Fachkongress „Tag der Pflege“ im Aachener Eurogress

Die Situation in der Pflege spitzt sich zu. Der Personalengpass weitet sich aus, der Investitionsstau schwillt an, das System ist krank und droht zu kollabieren. Da nutzten mehr als 1 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Altenheimen und Pflegestationen im Bistum Aachen die Gelegenheit, sich zu informieren, sich auszutauschen und ein bisschen Mut und Zuspruch entgegenzunehmen. Die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Altenheime im Bistum Aachen und der ARGE Heinsberg hatten zum „Tag der Pflege“ eingeladen.

Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders und Bürgermeisterin Sabine Verheyen hoben die Bedeutung der Pflegeberufe und der Pflege hervor. Der wachsenden Anzahl von hochbetagten, pflegebedürftigen Menschen stünden immer weniger Pflegekräfte gegenüber, sagte Schröders. Damit sei die Zielsetzung der Caritas, Menschen würdig zu pflegen, von immer weniger Kräften zu tragen. Schröders versicherte jedoch, dass der Caritasverband sich als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege in der ständigen Diskussion mit den politischen Kräften des Landes um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Arbeit in der Altenhilfe einsetze. ◄

Gerd Schnitzler

100-Jahr-Feier bei IN VIA Aachen

Mit einem Festgottesdienst im Hohen Dom zu Aachen und einer anschließenden Feier konnte IN VIA Aachen in diesem Jahr auf eine hundertjährige Geschichte zurückblicken und das Ereignis feiern. 1901 gründeten Pfarrer Metzmacher von St. Jakob und sechs Damen der Aachener Gesellschaft den Marianischen Mädchenschutz – heute IN VIA Kath. Mädchensozialarbeit.

Passgenauer Übertrag

Regionaler Caritasverband Aachen übernimmt Migrationsdienste

„Das ist ein Wendepunkt, kein Neuanfang“, stellte Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders bei der offiziellen Übergabe des Beratungsdienstes „Sozialdienst für ausländische Mitbürger“ an den Regionalen Caritasverband Aachen fest.

Denn gerade die Caritas, so Schröders, habe sich seit Beginn der Einwanderung nach Deutschland für die ausländischen Mitbürger engagiert. Bereits seit Anfang der 60er Jahre kümmerte sich der Verband um Italiener, dann auch um Spanier, Portugiesen und Jugoslawen. „Wir haben viel investiert, stellten Betreuer ein, die die Muttersprache der Migranten beherrschten“, erläuterte Schröders. Integration habe dabei immer im Vordergrund gestanden und es sei immer Wert auf kulturelle Identität gelegt worden.

Struktur-Bereinigung in der Trägerschaft: Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders, Abteilungsleiterin Monika Brams, Ivanka Radocaj, Leiterin der Beratungsstelle, Bernhard Verholen, Geschäftsführer, und Pfarrer Hubert Leuchter, Vorsitzender des Regionalen Caritasverbandes Aachen (v. l. n. r.) Foto: Schnitzler

Die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen sowie die Nähe zur Politik und zu den Verwaltungen sind die wesentlichen Gründe, die Trägerschaft vom diözesanen auf den regionalen Caritasverband zu übertragen. Der Geschäftsführer des Regionalverbandes, Bernhard Verholen, versicherte, in der Lage zu sein, „passgenau auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen“. Auch Verholen unterstrich, dass bei der Integration vor allem die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu lernen, wichtig sei. ◄

Gerd Schnitzler

Aachen

„Hilfe für Mutter und Kind“

Bischof Heinrich Mussinghoff gründet Stiftung

Um die Arbeit der kirchlichen Beratungsstellen „Rat und Hilfe“ ein Stück wirtschaftlich abzusichern und von politischen Wechselfällen unabhängiger zu machen, hat der Bischof von Aachen, Dr. Heinrich Mussinghoff, die Bischöfliche Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ errichtet.

Vom Schreibtisch aus mobilisierte Aachens Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff das Stiftungskapital, das sich reich verzinsen soll.

Bei einer Pressekonferenz in Aachen wies der Bischof darauf hin, dass trotz gesetzlich verbürgter Ansprüche rund 240 000 Euro an öffentlichen Zuschüssen für die Schwangerenberatung weggebrochen seien. Dies stelle eine erhebliche Benachteiligung der Arbeit dar. Obwohl die acht „Rat-und-Hilfe-Stellen“ im Bistum Aachen seit Januar 2001 auf Weisung des Papstes keine Beratungsbescheinigungen mehr ausstellten, so Mussinghoff, sei die Zahl der Schwangerenberatungen im Bistum mit über 5 000 Beratungsgesprächen im vergangenen Jahr unvermindert hoch. Als Zweck der Stiftung nannte er neben der Unterstützung der acht kirchlichen Beratungsstellen die Unterstützung familienorientierter kirchlicher Beratungsdienste sowie die Förderung von Projekten kirchlicher Träger im Bistum Aachen, die Frauen und Kinder, Alleinerziehende und Familien in wirtschaftlichen, sozialen und seelischen Notlagen unterstützen. Die Stiftung ist mit einem Stiftungskapital von 500 000 Euro ausgestattet, wobei Zustiftungen ausdrücklich erwünscht seien.

Mit der Stiftung werde keine „falsche Entlastung“ der öffentlichen Hand angestrebt, unterstrich der erste Vorsitzende des Caritasverbandes für das Bistum Aachen, Weihbischof Dr. Gerd Dicke. Sie sei als ein ergänzendes Mittel zu sehen. Ferner solle damit das öffentliche Bewusstsein, Verantwortung zu tragen und auch wahrzunehmen, gestärkt werden.

Nach Angaben von Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders ist die Akzeptanz der Beratungsstellen im Bistum Aachen unverändert hoch. Schröders erinnerte an eine Palette von Leistungen der Caritas für die Familien. Neben den Erziehungsberatungsstellen sei die Caritas bei der Adoptionsvermittlung engagiert. Die Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen verzeichneten ständig wachsende Fallzahlen. Auch werde Schuldnerberatung betrieben und für Mütter würden Kur- und Erholungsmaßnahmen angeboten. Erfreulich sei, dass die Nachfrage in der allgemeinen Schwangerschaftsberatung im vergangenen Jahr gestiegen sei. In den acht Rat-und-Hilfe-Stellen arbeiteten 55 Mitarbeiterinnen, davon, so Schröders, 37 Beraterinnen. ◄

Ein Zeichen

Anlässlich der Einweihung des fünften Werkes des Caritas-Behindertenwerks in Monschau-Imgenbroich sprach Weihbischof Dr. Gerd Dicke als Vorsitzender des Verwaltungsrates von einem weiteren Zeichen gegen soziale Kälte.

In der Imgenbroicher Werkstatt werden max. 120 Behinderte Arbeit finden, darunter 40 Schwerst- und Mehrfachbehinderte. Hinzu kommen 30 nichtbehinderte Verwaltungs- und Betreuungskräfte.

Menschen in der Caritas

Das Goldene Ehrenzeichen erhielten:

am 26. April 2002 **Inge Hrabowski**, Erziehungsberatungsstelle, Simmerath;

am 22. Juni 2002 **Emil-Heinz Vöske**, Caritasverband für das Bistum Aachen;

am 6. Juli 2002 **Marianne Chantré, Martha Esser, Josefine Kammer, Marga Roehl,** alle kath. Pfarrgemeinde St. Franziskus, Stolberg;

am 17. Juli 2002 **Schwester Irmhilde**, Caritaspflegestation Herzogenrath.

Das Silberne Ehrenzeichen erhielten:

am 3. Mai 2002 **Helene Gottschalk**, kath. Kindergarten der Pfarre St. Mariä Himmelfahrt, Geilenkirchen;

am 6. Mai 2002 **Mechthild Höfer, Anna-Maria Lennartz, Gertrud Röder, Maria Wessel**, alle kath. Pfarrgemeinde St. Marien, Neersen;

am 28. Juni 2002 **Maria Lennartz**, kath. Kindergarten der Pfarre St. Johann Baptist, Simmerath-Lammersdorf;

am 30. Juni 2002 **Karin Schnorrenberg**, Clemens-Josef-Haus, Vellerhof/Blankenheim.

Aachen

„Halt und Orientierung“

Große 75-Jahr-Feier im Clemens-Josef-Haus Vellerhof

Generalvikar Manfred von Holtum hat es sich nicht nehmen lassen, den Festgottesdienst zum 75-jährigen Bestehen des Vellerhofes zu zelebrieren. In seiner Ansprache betonte von Holtum, dass die Wechselfälle der Geschichte auch vor dem Vellerhof nicht Halt gemacht hätten. Doch im Mittelpunkt der Einrichtung habe seit der Gründung immer der Mensch gestanden.

„Wer hier keinen Platz findet, dem bleibt nur noch die Straße“, führte von Holtum aus. Er erinnerte in der voll besetzten Kapelle des Clemens-Josef-Hauses daran, wie leicht man in der modernen Konsum- und Karrieregesellschaft aus der Bahn geworfen werden kann. Von Holtum: „Wir sind einem System ausgeliefert, das immer mehr von uns verlangt und dem wir nicht entrinnen können.“ Nach der Festmesse begrüßte Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders die zahlreichen Ehrengäste des Rheinischen Vereins für Kath. Arbeiterkolonien. Schröders erinnerte an das ursprüngliche Ziel der seit 1886 bestehenden Arbeiterkolonien: „Wanderarbeitern sollte wieder Halt, Orientierung und eine Lebensgrundlage gegeben werden.“

In den letzten Jahren haben sich die Aufgaben der Einrichtung stark verändert. So ist ein Alten- und Pflegeheim dazugekommen, und darüber hinaus tragen arbeitstherapeutische Werkstätten wie eine Schreinerei, eine Schlosserei und große landwirtschaftliche Betriebe mit dazu bei, dass die Bewohner auf dem Vellerhof qualifiziert werden und ihre eigenen Stärken und Fähigkeiten neu entdecken und ausprobieren können. ◄

Qualitätsmanagement

Caritasverband schließt zweijähriges Projekt ab

Zum Abschluss des Projektes waren über 100 Mitarbeiter aus der Pflege sowie zahlreiche Trägervertreter zur Überreichung der Zertifikate in das Industriemuseum Zinkhütter Hof nach Stolberg gekommen.

Aachen/Stolberg. Die Qualität der Arbeit in den Caritaspflegestationen kritisch zu hinterfragen, zu beschreiben und in einen ständigen Verbesserungskreislauf zu führen war Aufgabe und Ziel eines zweijährigen Qualitätsmanagementprojektes des Caritasverbandes für das Bistum Aachen und seiner sieben regionalen Caritasverbände. Dabei waren nach Aussagen von Peter Bollermann, dem zuständigen Abteilungsleiter für Gesundheit und Pflege im Caritasverband, über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der ambulanten Pflege in das Projekt mit einbezogen. ◄

Neue Heimat

Nach langen Verhandlungen mit dem Kreis Aachen hat der Verein zur Förderung der Caritasarbeit im Bistum Aachen das ehemalige Gesundheitsamt in Monschau gekauft. Geplant wurde, ab September dort eine Erziehungsberatungsstelle zu beheimaten.

Gleichzeitig mit der Übereignung des Gebäudes wurde zwischen der Caritas und dem Kreis Aachen die Erziehungsberatungstätigkeit der Caritas in der Region Eifel vertraglich für zehn weitere Jahre festgeschrieben. ◄

Gerd Schnitzler

„Mittendrin draußen“

Positive Resonanz auf Aktion des Caritasverbandes

Schleiden. Unter dem Caritas-Jahresmotto „Mittendrin draußen: psychisch krank“ fand die Info-Woche des Regionalen Caritasverbandes in der Eifel statt. Neben Fachreferaten fanden auch Angebote für betroffene Menschen und ihre Angehörigen reges Interesse. Die Veranstalter zählten über 200 Besucher.

Die überwältigende Resonanz, so der Caritasverband, führt vor Augen, wie groß der Informationsbedarf zu diesem Thema ist. Hubert De Brouwer, der Geschäftsführer des Caritasverbandes für die Region Eifel, meint: „Wir gehen davon aus, dass die Info-Woche einen Teil dazu beitragen konnte, vorurteilsfreier und etwas selbstverständlicher mit psychisch erkrankten Menschen umzugehen.“ Für Anfragen, Rückfragen und weitere Informationen rund um das Thema „psychische Krankheiten“ stehen Alexander Fischer und Irene Nellessen vom Caritasverband für die Region Eifel das ganze Jahr über unter 0 24 45 / 85 07-0 zur Verfügung. ◄

Neues Profil ersetzt den Schein

Schwangerschaftsberatung hat neue Angebote „pro Kind“

Mit einer ganzen Reihe an neuen Angeboten „pro Kind“ haben sich die 16 katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen im Bistum Essen in den letzten 20 Monaten ein neues Profil erarbeitet. Mit Erfolg: In über 10 000 Einzelfällen konnten die Beraterinnen konkret helfen.

Zu den neuen Angeboten gehören Gesprächskreise für minderjährige Schwangere oder Migrantinnen ebenso wie verstärkte Sozialhilfeberatung bis hin zu Gesprächskreisen und Einzelgesprächen für Eltern von tot geborenen Säuglingen. Auch Kinderkleiderkammern (etwa „Ringelsöckchen“ in Mülheim) und Verständigungshilfen (Was steht konkret im Sozialhilfebescheid?) sind Teil des neuen Aufgabenkatalogs.

„Caritasbischof“ Franz Vorrath machte auf einer Diskussionsrunde zum Thema in der Akademie „Die Wolfsburg“ dann auch deutlich, dass die katholischen Beratungsstellen auch ohne den so genannten Schein Frauen in Not nicht allein lassen würden. Die breite Palette der Hilfsmöglichkeiten reiche vom Kindergarten bis zum Frauenhaus, von finanzieller Unterstützung bis zur Begleitung in schwierigen Lebenssituationen. Vorrath stellte auch neue Hilfsformen wie verschiedene Babyfenster oder die Möglichkeit einer anonymen Geburt heraus, für die aber noch eine verantwortliche Regelung gefunden werden müsse. ◄

Die neuen Caritas-Angebote „pro Kind“ werden gut angenommen. Foto: Ruhrcaritas

Internet-Café im Franz-Sales-Haus

Im Internet zu surfen ist für die geistig behinderten Bewohner des Franz-Sales-Hauses in Essen jetzt kein großes Problem mehr: Denn im modernen Internet-Café der Einrichtung mit sechs PC-Arbeitsplätzen ist die neue Kommunikationsform leicht zu erlernen. Dafür sorgen regelmäßig Azubis der Deutschen Telekom, die das Projekt auch auf den Weg gebracht haben. Gemeinsam mit Schülern des Franz-Sales-Berufskollegs, der Ruhrcaritas und Betreuern wurde ein Konzept entwickelt, wie den Bewohnern der Umgang mit PC und Internet leicht vermittelt werden kann. Die Anschaffungskosten für die Hardware teilten sich die Stiftung Wohlfahrtspflege und das Franz-Sales-Haus. ◄

EU-Projekt mit Austauschworkshop

Ausschließlich mit dem Thema „Kriminalprävention bei Jugendlichen“ befasste sich ein einwöchiger deutsch-polnischer Austauschworkshop im Ruhrbistum. Die Gäste aus Polen, Polizisten und Sozialarbeiter, besuchten verschiedene Stationen der Jugend-Sozialarbeit und nahmen Ideen für die eigene Arbeit mit nach Hause. Caritas-Projektleiter Christoph Grätz: „Ziel ist es, gemeinsam mit unseren polnischen und italienischen Partnern ein europäisches Netzwerk bei der Vorbeugung von Jugendkriminalität auszubauen.“ Das gesamte Projekt, das zum Jahresende mit einer großen Konferenz in Essen fortgesetzt wird, wird aus Mitteln der Europäischen Kommission gefördert. ◄

Essen

Lebensqualität bis zuletzt

Die Ruhrcaritas hat ein Projekt zur palliativen Qualitätsentwicklung gestartet. Mittelfristiges Ziel ist es, die schmerzlindernde Versorgung todkranker Menschen auch in den Hospizen stärker zu verankern. Beteiligt am Projekt sind je drei Träger der Behinderten- und Altenhilfe sowie mehrere ambulante Hospizdienste. ◄

Qualität in der Altenhilfe

QUALITÄT wird in der Altenhilfe der Ruhrcaritas weiter groß geschrieben. Nach dem vor kurzem abgeschlossenen dritten bistumsweiten Kurs der Arbeitsgemeinschaft „Katholische Einrichtungen für Altenhilfe“ sind jetzt über 70 Qualitätsbeauftragte erfolgreich in der praktischen Arbeit „vor Ort“ tätig.
Der vierte Kurs „Qualitätsmanagement in der Altenhilfe“ ist für Januar 2003 geplant. ◄

Caritas-Telegramm

Essen. 15 Leiterinnen und Fachberater von Tageseinrichtungen für Kinder legten jetzt im Fortbildungszentrum ihre Prüfung zum „Qualitätsbeauftragten“ ab. Ziel dieser Ausbildung war es, den Teilnehmern fundierte Kenntnisse über Grundlagen, Strategien und Ziele diverser Qualitätssicherungs- und Managementsysteme zu vermitteln. Nach einer umfangreichen schriftlichen Prüfung erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr Zertifikat, das drei Jahre gilt.

Oberhausen. Der CentrO.Park in Oberhausen und die Caritas haben eine gemeinsame Aktion für benachteiligte Familien erfolgreich abgeschlossen. Bis Mitte Juli konnten Familien, die von der Caritas betreut werden, den CentrO.Park kostenfrei besuchen. Inhaber Oscar Bruch und Caritasdirektor Werner Groß-Mühlenbruch: „Wir freuen uns, dass wir durch unsere Kooperation auch sozial und finanziell benachteiligten Familien ein paar Stunden Spaß mit Riesenrad, Achterbahn, Drachenflug und anderen Attraktionen ermöglichen konnten.“

Hattingen/Schwelm. Das zentrale Caritas-Suchthilfezentrum vereint jetzt die Suchtberatung, die Drogenberatung und die Suchtprophylaxe unter einem Dach. Nach wie vor wird die Einrichtung sehr stark frequentiert. Allein in der Suchtberatung fanden im letzten Jahr 239 Betroffene Hilfe und Information. Bei der Drogenberatung suchten 189 Menschen einen Ansprechpartner. Für Klienten beider Beratungsstellen konnten 54 Entgiftungen und 50 Therapien organisiert werden. Ein neues Angebot zum Thema „weiche Drogen“ richtete die Drogenberatung für Jugendliche ein.
In Schwelm wurden rund 500 Klienten in der Drogen- und Suchtberatung betreut. Hier können gebrauchte Spritzen von Heroinsüchtigen entsorgt und gegen sterile ausgetauscht werden.
Auch die Aussiedlerhilfe ist weiterhin stark gefragt. 114 Aussiedler in Hattingen und 44 Familien in Schwelm suchten und fanden hier eine neue Heimat. Unverzichtbar ist bei ihrer Eingliederung die Hilfe ehrenamtlicher Mitarbeiter. Teilweise kamen diese selbst als Aussiedler nach Deutschland, bringen neue Sichtweisen in die Beratung oder sind als Dolmetscher tätig.

Bochum. Die teils gehbehinderten Bewohner des Blomenberg-Hauses sind dank ihres neuen Minibusses jetzt auch mobil. Mit Hilfe des Ford Transit können sie jetzt besser einkaufen, Ärzte aufsuchen oder gemeinsame Ausflüge unternehmen. Möglich gemacht hat die rollende Idee die Werbeagentur Genius, die in kurzer Zeit 17 Werbepartner und verschiedene Spender fand, um den Bus zu kaufen. Als „Werbemobil“ dient der Ford nun auch den Unternehmen, die sich eine Werbefläche auf dem Bus sicherten. Das Blomenberg-Haus, kürzlich renoviert, ist ein soziotherapeutisches Wohnheim, in dem chronisch alkoholkranke und medikamentenabhängige Menschen stationär betreut werden. 20 Plätze stehen zur Verfügung.

Oberhausen. Den fünften Geburtstag feierte man im Wilhelm-Knappmann-Haus. Die Einrichtung, ein Zuhause für psychisch kranke Menschen, wird auch in der Nachbarschaft gut angenommen. Für 26 Hilfe Suchende ist Platz da, es gibt auch elf neue Außenwohngruppenplätze. Ein Arbeits- und Beschäftigungsprogramm wurde ins Leben gerufen, um die Menschen wieder an regelmäßige Arbeit heranzuführen. Caritasdirektor Werner Groß-Mühlenbruch will sich gerade diesem Bereich intensiv widmen.

Gelsenkirchen. Gleich drei Tage lang ging es im Sozialwerk St. Georg am ehemaligen Schacht Bismarck auf Schalke hoch her – mit Jahrmarkt, Bauchtanz, Reden und einem Festakt. Grund: Das Sozialwerk wurde stolze 50 Jahre alt. „Caritasbischof" Franz Vorrath lobte in seiner Predigt: „Wir sind stolz darauf, dass in unserem Bistum mit dem Sozialwerk ein Träger der Eingliederungshilfe beheimatet ist, der sowohl von seiner Größe als auch von seiner Fachlichkeit her in der ersten Bundesliga spielt." Vor rund 200 Gästen zeigte Vorstandssprecher Dieter Czogalla die wechselvolle Geschichte von St. Georg auf.
Vor 50 Jahren als Knappenwohnheim von zwei Geistlichen und acht Laien im Stadtteil Erle gegründet, durchlief das Haus viele verschiedene Wachstumsphasen. 1970 bekam es seinen heutigen Namen „Sozialwerk St. Georg e. V." Gleichzeitig erfolgte die Aufnahme in den Caritasverband Gelsenkirchen. Das Sozialwerk St. Georg beschäftigt zurzeit rund 1 700 Mitarbeiter und betreut 2 200 Menschen.

Mülheim. Den Standort Dimbeck mitten in der Stadt verlässt die Caritas zu Gunsten eines neuen Altenpflegeheimes mit angeschlossenen Seniorenwohnungen. Für das Josefshaus mit Platz für 32 psychisch Kranke, mit Tagesstätte, Arbeitstraining im Industriecafé und mit zwei Beratungsstellen wird nun ein adäquater Ersatz in Mülheim gesucht.

Essen. Premiere in Essen-Werden: Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe im Bistum Essen (AGE) bat zu ihrer ersten Fachtagung ins Fortbildungszentrum. Ziel ihrer Arbeit seien die Vernetzung vieler Bereiche der Jugend- und Erziehungshilfe sowie eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der vielen Caritas-Aktivitäten, erläuterte Rosemarie Engels, eine der Vorsitzenden der AGE, vor den 60 Teilnehmern die Marschroute.
Umgezogen ist die Kleiderkammer der Caritas: Sie sitzt jetzt am Kirchplatz der Gemeinde St. Elisabeth in Frohnhausen. Öffnungszeiten sind: 1. Montag im Monat von 16 bis 18 Uhr und an jedem 3. Mittwoch eines Monats von 10 bis 13 Uhr.

Gelsenkirchen. 25 Jahre alt wurde das Senioren- und Pflegeheim Bruder-Jordan-Haus. 120 betagte Menschen haben hier ihr Zuhause, die von genau 88 Mitarbeitern betreut werden (unser Foto).

Gladbeck. Ein drittes behindertengerechtes Fahrzeug hat jetzt der Caritasfahrdienst im Einsatz. 29 000 Euro für das Mobil spendete die „Aktion Mensch". Der Fahrdienst bringt u. a. Rollstuhlfahrer zu Schulen, zur Arbeit und kann auch privat „gebucht" werden.

Essen. Die Ruhrcaritas hat neue Räume auf „Zeche Ludwig" in Bergerhausen angemietet. Eingezogen sind bereits Teile des Migrationsdienstes für ausländische Mitbürger, das Raphaelswerk, der Bereich Spätaussiedler / Flüchtlinge inkl. Rechtsberatung sowie das Referat Armut und Schuldnerberatung. Zum Jahresende soll der Umzug abgeschlossen sein.

Menschen in der Caritas

► **Prälat Dr. Martin Patzek**, Pfarrer aus Bochum, gab nach 16 Jahren sein Amt als geistlicher Begleiter der Caritas-Konferenzen Deutschlands (CKD) ab. Caritaspräsident Hellmut Puschmann würdigte das langjährige Wirken Patzeks mit der Verleihung des „Brottellers", der höchsten Auszeichnung des Deutschen Caritasverbandes. In seiner Laudatio bezeichnete der Präsident Patzek als Mann, „der seine Tätigkeit nicht als Belehrung, sondern als Gespräch, als gemeinsame Suche nach Antworten auf dringende Fragen" verstand.

► Unter großer Anteilnahme der Gelsenkirchener Bevölkerung und Caritasmitarbeiter wurde vor wenigen Wochen **Prälat Heinrich Richwien** beigesetzt. Richwien, langjähriger Caritasdirektor in Gelsenkirchen und Vorstandsmitglied der Ruhrcaritas, wurde von Domkapitular Wilhelm Sternemann sowie vom heutigen Caritasdirektor Prälat Edmund Ernst als Mensch gewürdigt, der sein ganzes Leben in den caritativen Dienst gestellt hat. Er habe über Jahrzehnte die Wohlfahrtspolitik Gelsenkirchens mitbestimmt.

Essen

Menschen in der Caritas

Regine Arntz

▶ **Elisabeth Flechtner**, Vorsitzende der Caritas-Konfernz Lüdenscheid, wurde mit dem Goldenen Ehrenzeichen des Deutschen Caritasverbandes ausgezeichnet. Pfarrer Karl Balkenhol, geistlicher Berater des Vorstandes, sowie Caritas-Geschäftsführer Ulrich Hins sprachen Frau Flechtner höchstes Lob aus. Sie sei mit 70 Jahren noch „ein ganz junges Mädchen" mit viel Elan und enormer Schwungkraft. Nächstenliebe, Selbstlosigkeit und Durchhaltevermögen vereine sie in ihrer Person.

▶ Die neue Caritasdirektorin in Mülheim, **Regine Arntz**, ist seit dem 1. Juli auch offiziell in dieser Funktion tätig. Sie war als Nachfolgerin von **Ursula Jacobs** bereits seit dem Vorjahr „inoffiziell" im Amt.

„Bewegung ist alles!", sagten sich 110 Schülerinnen und Schüler des katholischen Berufskollegs der Johannes-Kessels-Akademie in Essen-Werden und wanderten, radelten, joggten oder waren auf Inlinern insgesamt 2 000 Kilometer am Baldeneysee unterwegs, um für Frauenschulen in Afghanistan zu sammeln. Die sportliche Aktion war überaus erfolgreich – fast 2 900 Euro kamen zusammen. Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes (li.) freute sich über den Scheck und das Engagement der jungen Leute um Schulleiter Herbert Leugers gleichermaßen: „Das ist ein prima Sache, danke!" *Foto: Christoph Grätz*

▶ **Dieter Merten**, Leiter des Altenheimes St. Josef in Gelsenkirchen, wurde kürzlich zum neuen Vorsitzenden der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft der Altenheime im Ruhrbistum gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurde Sw. **Dr. Anette Chmielorz**, Leiterin des Alten-Pflegeseminars in Essen-Bedingrade.

▶ **Maria Stein**, stellvertretende Vorsitzende der Caritaskonferenz St. Johannes in Gladbeck, wurde für ihre zahlreichen ehrenamtlichen Dienste mit dem Goldenen Caritas-Ehrenzeichen ausgezeichnet. Caritasdirektor Josef Schliemann: „Diese Ehrung soll auch Ansporn für andere sein, den Pfad der christlichen Nächstenliebe zu begehen."

▶ Die Caritasnadel in Silber wurde **Alfred Derks** für seinen langjährigen engagierten Dienst am Menschen in der Caritas in Oberhausen verliehen. Der Jubilar war lange Zeit in der Kinder- und Jugendhilfe tätig, er übernahm Aufgaben in der Mitarbeitervertretung. Heute arbeitet er im Wilhelm-Knappmann-Haus.

▶ **Schwester Antonia**, Leiterin des Saarner Raphaelhauses, erhielt das Bundesverdienstkreuz für ihre großen Verdienste um die Kinder in Mülheim. OB Jens Bangarz betonte in seiner Laudatio: „Schwester Antonia ist eine Institution. Auch heute, im Erwachsenenalter, sehen viele ihrer Schützlinge sie immer noch als Bezugs- und Vertrauensperson an."

▶ Nach 33 Jahren aufopferungsvoller Arbeit hat sich die Leiterin der Caritas-Schwangerschaftsberatung, **Magdalene Guth**, in den Ruhestand verabschiedet. Die engagierte Sozialarbeiterin sah ihre Tätigkeit immer als Spagat zwischen Beratung, Papst und Paragrafen.

▶ **Gerd Müller**, Ex-Sprecher der Info-Gruppe des Kreuzbundes in Bottrop, wurde die Caritas-Plakette in Bronze verliehen. Nachfolger als Sprecher ist jetzt **Christian Brüssau**.

▶ **Rosemarie Dohm**, Sekretärin von Caritasdirektor Ulrich Schirmer in Wattenscheid, wurde in den Ruhestand verabschiedet. Nachfolgerin ist **Erika Wiegold**.

▶ Sein 25-jähriges Dienstjubiläum im Dienste von Kirche und Caritas feierte jüngst **Detlef Steinmetz** aus Essen-Werden. Steinmetz, seit zehn Jahren bei der Ruhrcaritas, ist zurzeit Vorsitzender der Mitarbeitervertretung.

▶ Nach 30 Jahren Dienst in Bottrop wurde **Schwester Oberin Lidia** vom Seniorenzentrum St. Teresa mit dem Ehrenzeichen in Gold des Deutschen Caritasverbandes verabschiedet. Die Schwester hat eine neue Aufgabe in Spanien übernommen.

Verständigung auch ohne Worte bei der ersten europäischen Begegnungswoche für Menschen mit und ohne Behinderung.. Foto: Szillat

meet you meet me

Begegnung ohne Grenzen

Von Dagmar Gabrio

Reisen, fremde Länder und andere Kulturen kennen zu lernen – das gehört für die meisten Menschen zu den selbstverständlichen Dingen des Alltags. Nicht jedoch für Menschen mit Behinderungen. Umso größer die Freude der mehr als 100 Teilnehmer über die erste europäische Begegnungswoche „meet you meet me" für Menschen mit und ohne Behinderung.

Für eine Woche hatte der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln Gäste aus Litauen, Polen, Rumänien, den Niederlanden, Belgien, Österreich und Deutschland ins Bensberger Kardinal-Schulte-Haus eingeladen. Ihnen boten sich in gemeinsamen Workshops in den Bereichen Theater, Tanz, Video, Malen und Musik viele Gelegenheiten, neue Kontakte zu knüpfen. Auch Ausflüge, eine Schiffstour und ein Theaterprogramm regten zu Gesprächen und Begegnungen an. Übertroffen wurden die Erwartungen der Organisatoren im Blick auf die geglückte Völkerverständigung. Leichtigkeit und Freundschaft hätten auch dort geherrscht, wo die Worte fehlten, und geholfen, langfristige Beziehungen zu knüpfen, beschreibt Elisabeth Komp, Mitorganisatorin des Projekts, die Atmosphäre. Den Abschluss der Woche bildete der „Tag der Nationen", ein großes Fest, zu dem auch die Öffentlichkeit eingeladen war. Hier wurden die erarbeiteten Werke vorgestellt, Musik, Tanz und Theater aufgeführt. Um die neu gewonnenen Kontakte über die Begegnungswoche hinaus fortzuführen, erfolgte die Gründung eines europäischen Netzwerks „meet you meet me". Damit sollen Menschen mit Behinderungen einen barrierefreien Zugang zum Internet erhalten, um sich nach entsprechender Schulung selbstständig austauschen zu können und so die gewonnenen Kontakte zu festigen. ◄

Weitere Informationen: Elisabeth Komp, Referat Behindertenhilfe beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e. V., 02 21 / 20 10-2 47.
Internet: www.meetyou-meetme.de

Vortragsreihe beim Caritasverband Altenkirchen

Gesellschaftliche Veränderungen machen nicht vor Familienstrukturen Halt und bringen neue Rollen, Kommunikationsformen und Erziehungsvorstellungen mit sich, aber eben auch Verunsicherung. Der Caritasverband Altenkirchen beschäftigt sich zusammen mit dem Bildungswerk der Erzdiözese Köln in einer Vortragsreihe mit dieser Thematik.
Am 21. 10. 2002 referiert Dr. Michael Winterhoff, Arzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie, über die Frage „Gibt es noch gesunde Kinder? Psychische Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen auf dem Boden gesellschaftlicher Veränderungen aus kinderpsychiatrischer Sicht". Am 7. 11. 2002 spricht der Erziehungwissenschaftler und Sozialpädagoge Dr. Albert Wunsch über „Droge Verwöhnung: Alles haben, alles dürfen, alles wollen – die verwöhnten Kleinen".

Weitere Informationen: Bildungswerk Mariental, Heinz Müller,
Telefon: 0 26 82 / 2 10.

Kinder aus den SKM-Zentren unterhielten die Besucher mit einem Musical. Foto: SKM

100 Jahre SKM in Köln

Arbeit für Menschen am Rande der Gesellschaft

Mit einem Festgottesdienst und anschließendem zweitägigem Bürgerfest beging der Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) in Köln sein hundertjähriges Bestehen. Gefeiert wurde nicht in einem vornehmen Festsaal, sondern dort, wo der SKM seinen eigentlichen Platz sieht, nämlich bei den Menschen auf der Straße, erläuterte der Vorsitzende des Vereins, Dr. Heinz Helling.

Rund 4 800 Besucher trafen an beiden Veranstaltungstagen in und um das Festzelt auf dem Kölner Heumarkt zusammen: haupt- und ehrenamtliche Helfer, aktuelle und ehemalige Klienten, Interessierte und Neugierige. Auf dem Programm standen Podiumsdiskussionen, Aktionen für Kinder, Lesungen, Ausstellungen, Kurzfilme und Tanzvorführungen. Dabei spiegelte sich der Grundsatz des Vereins – „Der Mensch am Rand ist unsere Mitte“ – auch in der Wahl der angesprochenen Themen wider. So beschäftigte sich beispielsweise die Fachveranstaltung „Keiner soll was merken“ mit den Nöten und Sorgen von Kindern suchtkranker Eltern. Laut Schätzungen des SKM sind davon allein in Köln mindestens 20 000 betroffen. ◄

Hilfe für Arbeitslose

Neue diözesane Caritas-Initiative will Einzelprojekte bündeln

Schon seit Beginn der 80er Jahre setzt sich die Caritas im Erzbistum für arbeitslose Menschen ein. Mit der Gründung der neuen Diözesan-Arbeitsgemeinschaft „Integration durch Arbeit“ (DiAG IdA) haben sich nun die insgesamt 168 Caritas-Einrichtungen für Arbeitslose im Bistum mit 3 200 Plätzen zusammengeschlossen.

„Ziel dieser neuen Arbeitsgemeinschaft ist es, dass wir als Caritas politischer werden und die Belange arbeitsloser und von Ausgrenzung bedrohter Menschen noch besser nach außen vertreten“, erklärte dazu Diözesan-Caritasdirektor Dr. Winfried Risse. Weil sowohl die Anforderungen an die Einrichtungen als auch an die Finanzierungen immer komplexer und schwieriger würden, solle mit der Arbeitsgemeinschaft eine diözesanweite Fachstruktur geschaffen werden, erläuterte die Geschäftsführerin der DiAG IdA, Sabine Schumacher, die Hintergründe für den Zusammenschluss. Es gehe darum, den Austausch zwischen den Projekten und Initiativen zu verbessern und neue Impulse für Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zu entwickeln.

Der Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen, Karsten Koppe, begrüßte die Initiative der Caritas ausdrücklich auf der Gründungsveranstaltung im Katholischen Sozial-Institut: „Zur Lösung des großen Problems der Arbeitslosigkeit sind wir auf die Hilfe Dritter angewiesen. Gemeinnützige und kirchliche Organisationen können oft eine wesentlich intensivere Betreuung der Hilfe Suchenden anbieten, als dies die Arbeitsämter leisten könnten.“ ◄

Wuppertal. *Fleißige junge Helfer hatte Pater Robert Dublanski (links neben Katholikenratsvorsitzender Adelheid Föhse und Caritasdirektor Eckhard Arens) aus dem polnischen Legnica (Liegnitz) mitgebracht, um vor dem Abriss des alten Gebäudes des Caritas-Altenzentrums Augustinusstift brauchbares Inventar zusammenzutragen. Eine zweite Heimat finden Einrichtungsgegenstände und Baumaterialien in einem Krankenhaus und einem Reha-Zentrum in Legnica. Die Abbrucharbeiten am rund 100 Jahre alten Augustinusstift sind inzwischen fast beendet. An gleicher Stelle wird ein moderner Neubau für 100 Bewohner entstehen. Foto: Caritas Wuppertal*

„Starke Pänz“

Sie helfen, „Pänz“ stark zu machen: (von links) Cornelia Koslik, Diplom-Heilpädagogin, Achim Schaefer, Leiter der Suchtberatungsstelle, Sabine Spitzlei, Diplom-Psychologin und Familientherapeutin.
Foto: Caritas Bonn

Seit einem Jahr existiert das Projekt für Kinder suchtkranker Eltern

Suchtkranke Eltern haben in der Regel Probleme, ihre Elternrolle ausreichend zu erfüllen. Für die Kinder bedeutet dies, dass viele altersgemäße Bedürfnisse auf der Strecke bleiben. Auch Verhaltensauffälligkeiten bis hin zu eigener Abhängigkeit sind häufige Folgen.

Um einer solchen Entwicklung möglichst frühzeitig zu begegnen, wurde vor einem Jahr das Projekt „Starke Pänz“ von der Suchtberatungsstelle des Bonner Caritasverbandes ins Leben gerufen.
Als Überlebensstrategien entwickeln die Kinder verschiedene Rollen und werden je nach Temperament zu Helden, Sündenböcken, Einzelgängern, Clowns oder Tagträumern. Allen betroffenen Kindern gemeinsam ist, dass sie kein großes Selbstwertgefühl haben und niemanden, mit dem sie über ihre Gefühle und Probleme sprechen können. Denn in den meisten Fällen wird die Sucht der Eltern mit einem Tabu belegt. An dieser Stelle setzt die Arbeit des Projektes „Starke Pänz“ an: Zunächst in Einzelgesprächen, später dann in der Gruppe lernen die Kinder, sich zu öffnen und ihre Probleme aufzuarbeiten. Für die 6- bis 12-Jährigen steht in der Caritas-Suchtberatungsstelle ein eigener Raum zur Verfügung. Hier können sie gestalterisch und mit Rollenspielen Wege finden, ihre Situation auszudrücken, und im geschützten Raum wieder Kind sein. Ein solcher Prozess kann sich nur vollziehen, wenn den Kindern über längere Zeit ein sicherer Halt geboten wird. Wie es damit in Zukunft aussehen wird, ist jedoch ungewiss, denn die Finanzierung des in der Region bisher einzigartigen Projekts ist nur noch bis Ende 2002 gesichert. ◄

Die erfolgreichen Absolventen der ersten Fachweiterbildung Palliative Care des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln. Ziel der Qualifizierungsmaßnahme, die sich an Pflegefachkräfte in Altenhilfeeinrichtungen, Sozialstationen und Hospizinitiativen richtet, ist es, den Hospizgedanken in Altenhilfeeinrichtungen und Sozialstationen zu integrieren und die Mitarbeiter zu befähigen, Menschen im Sterben und in ihrer Trauer beizustehen.
Foto: Diözesan-Caritasverband

Neuer Ort der Begegnung für Mütter und Kinder

Euskirchen. Unterstützung von professioneller und ehrenamtlicher Seite finden Mütter und Kinder in der neuen Begegnungstätte im Wohnhaus für schwangere und allein erziehende Frauen in der Alten Gerberstraße 4. Das neue Angebot der esperanza-Beratungsstelle in Euskirchen bietet den Frauen Austausch und Begegnung und stellt Spiel- und Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder bereit. Bildungsangebote, eine Informations-Börse, bei der sich die Besucherinnen über bereits bestehende Angebote erkundigen und ehrenamtliche Helfer für individuelle Problemlagen finden können, sowie eine Baby-Kleiderkammer ergänzen das Spektrum der Unterstützungsmaßnahmen.
Weitere Ehrenamtliche mit Einfühlungsvermögen und Verständnis für Mütter in schwierigen Lebenssituationen sind in der Begegnungsstätte herzlich willkommen. Informationen: Telefon 0 22 51/ 70 00-19 (Monika Dorweiler oder Irene Rütten). ◄

Köln

Caritas-Telegramm

Erzbistum. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer für die Fachverbände zu gewinnen und sie in ihrer Arbeit wirkungsvoll zu unterstützen, das waren die Ziele eines 1999 vom Diözesan-Caritasverband gestarteten und auf drei Jahre angelegten Modellprojektes. Eine Abschlussdokumentation liegt jetzt vor und eignet sich dank der enthaltenen Berichte, Musterverträge sowie eines Praxiskonzeptes als Arbeitshilfe für alle, die an der Einbindung Ehrenamtlicher in die soziale Arbeit interessiert sind. Die Dokumentation ist gegen eine Schutzgebühr von 5 € erhältlich beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e. V., Diözesanstelle SkF/SKM, Lydia Ossmann, Telefon: 02 21 / 20 10-2 24, E-Mail: lydia.ossmann@caritasnet.de

Köln. Das Büro der Caritas in Köln-Porz befindet sich seit neuestem in der Goethestraße 7. Mit der räumlichen Veränderung geht auch eine inhaltliche einher: Aus dem Caritasbüro wird nun das Projektbüro Porz, in dem gemeinsam mit den anliegenden katholischen Pfarrgemeinden lebensraumorientierte Projekte angeregt und gefördert werden sollen.

Bergheim. Der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) im Erftkreis organisiert monatlich einen Sonntagsbrunch für allein Erziehende im Anton-Heinen-Haus. Hier bietet sich Frauen und Männern in entspannter Atmosphäre die Gelegenheit zum Austausch mit Gesprächspartnern in ähnlicher Lage. Außerdem besteht die Möglichkeit, sich beim SkF über Förderung und Unterhalt zu informieren. Info: SkF Erftkreis, Telefon: 0 22 34 / 5 96 22.

Wülfrath. Hilfe für die großen und kleinen Probleme des Alltags gibt es jetzt für Bewohner des Kreises Mettmann im ersten Caritas-Familienbüro in der integrativen Kindertagesstätte „Arche Noah“ in Wülfrath. Familien finden hier Ansprechpartner und Begleitung. Zum Angebot gehören darüber hinaus die Vermittlung zu Fachdiensten wie Familienpflege oder Mutter-Kind-Kuren sowie die Kooperation mit externen Beratungsstellen und sozialen Diensten. Geplant sind auch Gesundheits- und Vater-Kind-Aktionen sowie Elterncafés und Familien-Weiterbildungsangebote. Caritas-Familienbüro, Flandersbacher Str. 17a, 42489 Wülfrath, Telefon: 0 20 58 / 13 75.

Düsseldorf. Ein besonderes Angebot macht jetzt das Caritas-Netzwerk Extranett: Seniorinnen und Senioren unterstützen als „Wahlgroßeltern“ Familien oder allein Erziehende. Damit sich Großeltern, Eltern und Kinder kennen lernen können, findet jeden zweiten Dienstag im Monat ein Betreuungsnachmittag in der Netzwerkkontaktstelle Kürtenstraße 160a in Unterrath statt. Weitere „Wahlgroßeltern“ werden gesucht und können sich telefonisch unter 02 11 / 41 95 37 informieren.

Menschen in der Caritas

Goldene Ehrennadeln erhielten für 25 und mehr Jahre Mitarbeit in verschiedenen Einrichtungen der Caritas:

Sr. Maria Magdalena Rafael-Mezquita für 36-jährige Tätigkeit im Kinderhaus St. Michael in Wuppertal, davon 31 Jahre als pädagogische Leiterin; **Hannelore Goebels** für 26-jährige ehrenamtliche Mitarbeit in verschiedenen Bereichen der katholische Kirchengemeinde St. Albertus Magnus in Leverkusen; **Elke Sauerland** für über 25-jähriges ehrenamtliches Engagement in unterschiedlichsten Funktionen im Pfarrzentrum St. Remigius in Bergheim; **Erika Weidenhaupt** für 30 Jahre ehrenamtliche Caritasarbeit in der Pfarrei St. Antonius in Düsseldorf; **Mathilde Richter** für 40-jährige Mitarbeit im Marien-Krankenhaus, Bergisch Gladbach; **Margarete Hardenberger** für langjähriges ehrenamtliches Engagement in der katholischen Kirchengemeinde St. Martin in Rheinbach; **Eveline Schömer** und **Maria Ogrodnik** für jeweils 25-jährige Mitarbeit im St.-Josef-Zentrum für Orthopädie und Rheumatologie in Wuppertal; **Bergit Naarmann** für 30-jährige leitende Mitarbeit in der integrativen Kindertagesstätte Köln-Porz; **Renate Palm** und **Ingo von der Mark** für jeweils 25-jährige Mitarbeit in den Caritas-Werkstätten Köln.

Münster

Im Aufwind

Aus Kleiderkammer wurde Secondhandshop

Von Harald Westbeld

Der Name ist Programm: Aufwind aktiv nennt sich das Projekt der Caritas Geldern-Kevelaer, und den spüren die 115 Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die hier in den letzten anderthalb Jahren eine Beschäftigung gefunden haben.

Mit viel Liebe, aber wenig Aufwand ist der Secondhandshop bei Aufwind dekoriert.
Foto: Harald Westbeld

Auslöser war das jetzt abgeschlossene ökumenische Armutsprojekt im Kreis Kleve, in dem der erste Armutsbericht eines ländlichen Kreises in Deutschland erarbeitet worden ist. Die Autoren beließen es allerdings nicht bei der Feststellung, dass es zum Beispiel kreisweit 7 300 Sozialhilfeempfänger gibt. Sie ergriffen auch die Initiative, um das zu ändern. Wie man dabei gleich noch einige weitere Probleme mitlösen kann, zeigt Aufwind. Mit viel Kreativität und Pragmatismus sind aus Kleiderkammer und Möbellager der herkömmlichen Art ein Secondhandshop, ein Möbelmarkt, der Treff und eine Dienstleistungsgesellschaft entstanden. Weitere Arbeitsfelder sind im Blick.

Im wahrsten Sinne des Wortes haben die Projekt-Mitarbeiterinnen Erika Kösters und Resi Appel die ehemalige Kleiderkammer aus ihrem Kellerdasein befreit. Zum einen räumlich durch den Umzug in helle Räume des ehemaligen Jugendheimes. Aber auch das Angebot wird auf hohem Qualitätsstandard gehalten.

Bewusst will Aufwind aus der Armenecke heraus. Ganz sieht Resi Appel dieses Ziel noch nicht erreicht, aber es kommen mittlerweile rund 40 Prozent „Schnäppchenjäger“, die nicht aus finanziellen Gründen hier kaufen müssen. Dass deswegen auch die Preise angehoben sind, akzeptieren die 60 Prozent der Kunden, die sich Kleidung anderswo nicht leisten können. Dafür bekommen sie ausgesuchte Ware. ◄

PRimA will Familien entlasten

Projektstart: Caritas sucht Familienbegleiter

Wenn es noch Oma und Opa in den Familie gäbe, „dann bräuchten wir nicht so hoch zu greifen“, sagt Reinhild Mersch, Leiterin der Sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH) der Caritas im Kreis Coesfeld. Aber das ist heute eher selten der Fall, und deshalb startet die Caritas jetzt PRimA – Prävention im Alltag.

Gesucht werden ehrenamtliche Familienbegleiter, die mal mit den Kindern Hausaufgaben machen oder Rat geben, wie mit dem Teuro auszukommen ist. Die Entlastung, die sie geben können, soll helfen, Probleme im Ansatz zu vermeiden: „Entlastete Eltern sind gelassene Eltern“, formuliert es Bärbel Dornhege, Leiterin der Familienbildungsstätte in Lüdinghausen. Sie übernimmt die Ausbildung der Ehrenamtlichen. Dritter im Boot ist Johannes Janßen-Kappenberg von der Gemeindecaritas, dem Bindeglied zwischen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern. Im September ist der erste dreimonatige Kurs gestartet. Die Initiatoren sind hoffnungsvoll, denn auf einen ersten Zeitungsbericht hin haben sich spontan vier Bürger gemeldet. ◄

Entlassungsmanagement für Patienten

Eine Arbeitsgruppe, die Vorschläge für ein Entlassungsmanagement erarbeiten soll, hat die Caritas in der Diözese Münster auf einer Fachtagung zur Einführung der Fallpauschalen in den Kliniken gegründet. „Wir müssen bei der Aufnahme bereits die Entlassung im Auge haben“, gab Christel Plenter, Referatsleiterin im Diözesan-Caritasverband Münster, das Ziel vor. Wenn ab 2003 die Kassen für bestimmte Krankheiten nur noch feste Beträge zahlen, wird es umso wichtiger, Behandlung und Pflege möglichst zu standardisieren. ◄

Münster

Vorbildlich

Günstige Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Es sind die Details, die es jungen Eltern erschweren, Arbeit und Betreuung der Kinder gleichermaßen gerecht zu werden. Umgekehrt ermöglichen viele Kleinigkeiten, ihnen diesen Spagat zu ersparen, hat die Pflegedienstleiterin des St.-Vincenz-Hospitals in Coesfeld, Margret Goß, in den vergangenen anderthalb Jahren erfahren.

Jetzt ist die Klinik für ihre besonderen Bemühungen auf diesem Feld mit dem Grundzertifikat des Audits Beruf & Familie ausgezeichnet worden. Modellhaft für die 65 katholischen Krankenhäuser und Reha-Kliniken in der Diözese Münster suchen die 400 Pflegemitarbeiter nach neuen Wegen, wie die Arbeitsbedingungen günstiger für Familien gestaltet werden können. Überlegungen gab es schon vorher, aber das Audit „hat unsere Motivation noch erhöht", sagt Goß. Das Krankenhaus befindet sich dabei in guter Gesellschaft. Bei der offiziellen Zertifikatsfeier auf Bundesebene in Berlin waren unter anderem auch Daimler-Chrysler, Adidas, zwei Landesministerien und die Uni Trier dabei.

Ein intelligenter Dienstplan ist ein Baustein des Projekts Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Von links: Christiane Underberg als Initiatorin, Pflegedienstleiterin Margret Goß und Stefan J. Becker, Geschäftsführer der Beruf & Familie gGmbH. Foto: Harald Westbeld

Motivation gibt natürlich auch der sich selbst in ländlichen Regionen wie dem Kreis Coesfeld abzeichnende Pflegenotstand. Fünf Stellen hatte Margret Goß für den 1. Juli ausgeschrieben, aber keine Bewerbung erhalten. Erst zur Entlassung der nächsten Schülerinnen der Krankenpflegeschulen am 1. Oktober gab es eine Chance. Im Pflegedienst arbeitet ein sehr junges Team, das zu 80 Prozent aus Frauen besteht. Entsprechend hoch ist die Fluktuation infolge von Familienplanung. ◄

Vielfältige Hilfe

7 559 Frauen und damit fast gleich viele wie in 2000 suchten im vergangenen Jahr Beratung und Unterstützung in einer der 14 katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen des Bistums Münster.

Auch nach dem Ausstieg aus der §-219-Beratung Anfang 2001 kommen sie weiterhin mit ihren Fragen, Problemen und Konflikten. Hier steht dann nicht die Frage des Schwangerschaftsabbruchs im Raum, sondern es geht konkret um die Möglichkeiten, das Leben mit Kind zu gestalten.

„Die einfache Frage nach gesetzlichen Leistungen hat ebenso ihren Platz in der Beratung wie die Trennung vom Partner, Zukunftsängste oder Gefühle der Überforderung", erklärt Anne Ruhe, Referentin im Diözesan-Caritasverband Münster.

Bei niedrigem Einkommen erleichtere die Vermittlung von finanziellen Hilfen die wirtschaftliche Lage der Frauen und Familien. Für 1 052 Anträge wurden aus dem Bischofsfonds und der Bischof-Heinrich-Tenhumberg-Stiftung ca. 800 000 Euro bewilligt. 2,2 Millionen Euro flossen als Zuwendungen aus der Bundesstiftung Mutter und Kind. Wie nicht anders zu erwarten, ist die Anzahl der Konfliktberatungen deutlich zurückgegangen. Hatten im Jahr 2000 insgesamt 1052 Frauen aus diesem Grund die Beratungsstelle aufgesucht, waren es in 2001 nur noch 102. ◄

Menschen in der Caritas

Goldene Ehrenzeichen haben erhalten:

Mechthild Sprenger (Caritaskonferenz St. Antonius, Kevelaer), **Nelly Schlusen** (Caritaskonferenz St. Urbanus, Winnekendonk), **Prof. Dr. Bernhard Großfeld** und **Rudolf Beisenkötter** (Kinderheim St. Mauritz, Münster), **Liesel Grosfeld** (Caritaskonferenzen St. Lamberti, Ochtrup), **Brigitte Schüttenheim, Anita de Hair, Tina Hemmer, Änne Spahn und Änne Trockle** (Sozialwerk St. Johannes, Bottrop-Kirchhellen), **Dr. med. Clemens Wissing** und Schwester **M. Beata Wörmann** (Raphaelsklinik, Münster), **Marianne Strauch** (Caritasverband Lünen), **Heinz Wichtrup** (Caritasverband für die Stadt Münster), **Dr. Rudolf Kösters** (Genossenschaft der Krankenschwestern nach der III. Regel des hl. Franziskus, Münster).

„Da wird nicht gebastelt“

Kreativer Ausgleich für schwankende Auftragslage

Es sieht nach akribischer Kleinarbeit aus, aber „da wird nicht gebastelt“, weist Reiner Gossen, technischer Leiter der Caritas-Werkstätten Niederrhein in Rheinberg, ein gängiges Vorurteil gleich zurück. Sie sieht zwar originalgetreu altertümlich aus, aber die orientalische Krippe mit Herberge, Synagoge, Basarstand und Ziehbrunnen entsteht in moderner „Modultechnik“ und mit viel ökologischer Überlegung. Die behinderten Beschäftigten verfügen über eine reiche Erfahrung im Krippenbau. Rund 1 600 Krippen der gewohnten Bauart fertigen sie Jahr für Jahr für einen großen Händler am Niederrhein. Die orientalische Krippenlandschaft aber ist etwas Besonderes. Sie ist selbst entworfen von einer Behindertengruppe in St. Bernhardin im nahen Sonsbeck und wird auch selbst vermarktet. Einerseits gibt sie den behinderten Menschen die Möglichkeit, ihre Kreativität zu beweisen und zu fördern, andererseits hofft Werkstattleiter Heinz Dawitz, damit Schwankungen in der Auftragslage ausgleichen zu können. „Durch hochwertige Qualität und handwerklichen Touch wollen wir uns im Markt abheben“, sagt Dawitz, denn im Billigbereich gebe es genügend Anbieter. ◄

Vom üblichen Bild weicht die orientalische Krippenlandschaft ab, die in den Caritas-Werkstätten Niederrhein entworfen worden ist und von den behinderten Beschäftigten gebaut wird.
Foto: Harald Westbeld

Seilgarten setzt Projektreihe fort

Ein Seilgarten setzt die Reihe innovativer Projekte der Caritas Münster in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Suchtbereich fort, die mit dem Mitmachzirkus Rämmi-Dämmi begonnen hat und mit Märchen- und Fantasymobil weiterging.

Beim Seilgarten arbeiten die Caritas-Einrichtung St. Michael, der BDKJ-Kreisverband Warendorf und die SKM Ahlen-Beckum und Warendorf zusammen.
Errichtet worden ist der „ropes course telgte“, wie er nach dem amerikanischen Ursprung genannt wird, für 55 000 Euro von einer belgischen Spezialfirma. Die Kosten sollen im Laufe der Jahre durch Nutzungsgebühren aufgefangen werden.
„Der Seilgarten wird diese Welt nicht verändern“, bekannte Bernhard Hülsken, der heute an der Katholischen Fachhochschule in Münster lehrt, bei der Einweihung, „aber er ermöglicht neue Erfahrungen.“ Darum gehe es in einer Welt, in der Kinder und Jugendliche nur noch eingeschränkte Möglichkeiten dazu haben. Ängste müssen überwunden, die Langsamkeit könne, auf dem Seil turnend, wieder entdeckt werden, die Kommunikation untereinander müsse klar und eindeutig sein und der Zusammenhalt im Team sei unabdingbar bei der Sicherung vor dem Absturz. ◄

Weitere Informationen unter: www.ropes-course-telgte.de

Ressourcen sparend

Ahaus. Viel mehr schaffen mit viel weniger Wasser- und Energieverbrauch. Dieses Konzept hat der neuen Wäscherei der Grenzland Reha GmbH der Caritas Ahaus-Vreden nicht nur viel Lob, sondern auch eine Förderung in Höhe von über 66 000 Euro der Deutschen Bundesstiftung Umwelt beschert.
In der neu errichteten Wäscherei können künftig 5 000 statt 1 500 Kilo Wäsche pro Tag von den behinderten beziehungsweise am Arbeitsmarkt schwer vermittelbaren Mitarbeitern verarbeitet werden. Dabei sollen trotzdem 180 000 Liter Wasser und 20 400 Kubikmeter durch gute Dämmung und Rückgewinnungssysteme gespart werden. ◄

Ihren eigenen Berg können die Kinder und Jugendlichen im Förderschulinternat Schloss Horneburg in Datteln besteigen. Mit der Einweihung eines Kletterturms mit insgesamt elf Steigen wurde ein lang gehegter Traum eingeweiht. Wobei es nicht nur um den Spaß geht, sondern auch um einen ernsten pädagogischen Hintergrund. Wichtig können das Überwinden von Angst, die geforderte Ausdauer und das Erfolgserlebnis auf dem „Gipfel“ für die Persönlichkeitsentwicklung sein, wie Internatsleiterin Margret Hartmann betonte.
Foto: Harald Westbeld

Caritas-Telegramm

Münster/Waltrop/Ascheberg/Dorsten. Drei fertige Baupläne für Altenheimprojekte der Caritas in der Diözese Münster in Ascheberg-Herbern, Dorsten und Waltrop bleiben wegen der im Juli erlassenen Haushaltssperre des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in der Schublade. Dies bedauert Bernd Bußmann, Referatsleiter Stationäre Altenhilfe im Diözesan-Caritasverband Münster, vor allem vor dem Hintergrund des sich bereits abzeichnenden Mangels an Altenheimplätzen: „Mit dem Zuschussbescheid hätten die Bagger sofort rollen können."

Münster. Dass auf einen Selbstmord zehn bis 15 Versuche kommen und die Zahl insgesamt die der Verkehrstoten erreicht, war nur eine der vielen interessanten Informationen, die die Mitarbeiter des Diözesan-Caritasverbandes Münster auf einer Informationsveranstaltung erhielten. Im Rahmen des Caritas-Jahresthemas „Mittendrin draußen: psychisch krank" ließen sie sich von Dr. Endres, Oberärztin im Alexianer-Krankenhaus, anhand eines Fallbeispiels über die stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen informieren.

Ibbenbüren. Ehrenamtlich lässt sich im wahrsten Sinne des Wortes viel bewegen. Seit Jahren ist beispielsweise die Weißrusslandhilfe Tecklenburger Land aktiv. Allein 1 800 Kleiderpakete wurden im vergangenen Jahr gepackt und transportiert. 1 035 ehrenamtliche Stunden fielen an, und über 5 500 Kilometer wurden zurückgelegt.

Telgte. Mit gut 150 000 Euro fördert das Bundesgesundheitsministerium das Modellprojekt „Kontinenzmanagement in der geriatrischen Rehabilitation" der Reha-Klinik Maria Frieden in Telgte. Ziel ist es, Inkontinenz und deren Auswirkungen bei den Patienten deutlich zu reduzieren.

Nordkirchen. Die Maximilian-Kolbe-Schule der Kinderheilstätte Nordkirchen hat ihr für fünf Millionen Euro neu errichtetes Gebäude eingeweiht. 284 geistig behinderte Kinder und Jugendliche werden in den Klassen unterrichtet.

Rheinhausen. Eine neue Zweigstelle mit 38 Arbeitsplätzen für psychisch kranke Menschen haben die Caritas-Werkstätten Niederrhein in Rheinhausen errichtet. Anlässlich der Einweihung wurde auch die Namensänderung der Rheinhauser Werkstatt präsentiert: „W8ZIG" weist auf die Werkstätten und die 80 dort beschäftigten Mitarbeiter hin.

Kreis Warendorf. Einen deutlichen Zuwachs hat die Fachstelle für Täter-Opfer-Ausgleich der SKM Ahlen-Beckum und Warendorf im vergangenen Jahr verzeichnet. 49 statt 28 Fälle wurden bearbeitet. 16-mal konnte dabei eine einvernehmliche Lösung erzielt werden, fünf Fälle wurden in das neue Jahr mitgenommen. In immerhin einem Dutzend der Fälle waren die Opfer nicht zu einem Ausgleich bereit aus mangelndem Interesse oder weil sie sich derart verletzt fühlten, dass sie keinen Kontakt mit den Tätern haben wollten. Vornehmlich handelte es sich bei den Taten um Körperverletzung.

Menschen in der Caritas

▶ Aus Altersgründen hat **Katharina Maifeld** ihr Amt als Ansprechpartnerin der Caritasgruppe in der Pfarrgemeinde Herz Jesu in Dorsten nach 30 Jahren niedergelegt. Sie hat mit **Ingrid Ruhe, Lucia Alfes** und **Christa Schüller** gleich drei Nachfolgerinnen.

▶ Der Caritasverband für das Dekanat Beckum wird seit dem 1. Mai von **Thomas Görsch** (39) geleitet. Er übernahm das Amt von **Heinz Sittel**, der das Amt des Geschäftsführers übergangsweise übernommen hatte. Der gelernte Betriebswirt übernimmt damit die Verantwortung für rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Seit 1998 war Görsch in Beckum verantwortlich für das Controlling und Rechnungswesen.

▶ Mehr als die Hälfte der 33 Jahre, die der Caritasverband für die Stadt Münster besteht, hat **Heinz Wichtrup** ihn als Vorsitzender begleitet. Nach 18 Jahren legte er aus Altersgründen sein Amt nieder. Als Dank zeichnete der Vorsitzende des Diözesan-Caritasverbandes, **Domkapitular Dieter Geerlings**, ihn mit der Goldenen Caritasnadel aus.

▶ Die Raphaels-Klinik hat ihre Oberin **Schwester M. Beata** verabschiedet. Fast 50 Jahre hat sie in der Pflege kranker Menschen gearbeitet. 1953 absolvierte sie das Krankenpflegeexamen in Duisburg, ein Jahr später trat sie in den Orden der Clemensschwestern ein. Die Uni-Klinik in Münster, das Clemens-Hospital in Münster und das Klemens-August-Krankenhaus in Bitburg waren Stationen, bevor sie 1992 in die Raphaels-Klinik in Münster kam.

▶ **Ernst Heien** hat die Leitung des Freiwilligenzentrums des Caritasverbandes Geldern-Kevelaer von **Katja Dugal** übernommen, die vor fünf Jahren mit dem Aufbau des Zentrums begonnen hatte.

▶ Die Caritas Rheine trauert um **Pfarrer Wilhelm Trappe**, der nach kurzer Krankheit im Alter von 93 Jahren verstorben ist. Neben seinen Aufgaben in der Pfarrei St. Marien hatte ihn Bischof Keller 1959 mit dem Aufbau der Caritas in der Emsstadt beauftragt. Ein Jahr später startete der Caritasverband Rheine, heute mit gut 900 Mitarbeitern der größte in der Diözese Münster, mit zwei Mitarbeitern. Einer davon war der heutige Direktor **Bernd Bietmann**. Von 1976 bis 1990 arbeitete Pfarrer Trappe im Vorstand des Verbandes mit, davon zwölf Jahre als Vorsitzender.

Seelsorge im Hospiz ist anders

Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Hospizbewegung

Von Jürgen Sauer

Wie muss Seelsorge in der Hospizarbeit aussehen? Diese Frage diskutierte jetzt die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Hospizbewegung im Erzbistum Paderborn.

Der neue Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Hospizbewegung im Erzbistum Paderborn: (von links) Marianne Wesseler (stellv. Vorsitzende), Klaus Kayser, Dr. Heinrich Niederfahrenhorst (in Vertretung von Diözesan-Caritasdirektor Odenbach), Schwester Rotraud Helle (Vorsitzende) und Gundula Stoppa.
Auf dem Foto fehlen Dr. Hermann-Josef Pielken sowie Prälat Joseph Becker als Geistlicher Beirat.
Foto: Sauer

Vorstandsmitglied Klaus Kayser, der im Vorstand des Caritasverbandes Arnsberg-Sundern das Hospiz Raphael begleitet, plädierte dafür, dass Seelsorge in einer stationären Einrichtung der Hospizarbeit „neu durchdacht werden müsse“. Noch immer werde Seelsorge im Hospiz wie im Krankenhaus oder Altenheim organisiert. Dies beruhe auf einer Fehleinschätzung, die ein Hospiz auch in anderen Zusammenhängen erfahre. Ein Hospiz sei keine Sonderform eines Krankenhauses oder Altenheims, sondern ein Ort, „an dem das Eigentliche zur Sprache kommt“.

Kayser forderte in seinen Thesen u. a., dass Seelsorge die leibliche und soziale Situation des Hospizgastes einschließen müsse. Auch solle Seelsorge jederzeit möglich sein, „selbst um zwei Uhr nachts“. Dies bedeute, dass alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter allein schon aufgrund ihrer Nähe zum Sterbenden zum seelsorglichen Dienst berufen seien. Auf welchem Weg die dazu notwendige Kompetenz zu erwerben ist, bedürfe intensiver Überlegung aller Beteiligten. Es hänge zwar viel von der jeweiligen Person ab, doch sei vieles erlernbar. Wichtige Voraussetzung sei das Einfühlungsvermögen in die Gefühle und Bedürfnisse des Hospizgastes. Kayser spricht von der „Befähigung zur Partnerschaftlichkeit“. Dies schließt den Respekt vor anderen Antworten auf existenzielle Fragen ein. „Was mir wichtig ist, muss für den Hospizgast nicht wichtig sein.“

Kayser zitierte ein Wort Papst Johannes Pauls II: „Seelsorge beginnt mit der Hochachtung vor dem, was der Geist im Leben des anderen bereits gewirkt hat.“ Im Mittelpunkt aller seelsorglichen Bemühungen habe der Hospizgast mit seinen konkreten Bedürfnissen zu stehen. Dies gelte auch für die religiöse Begleitung.

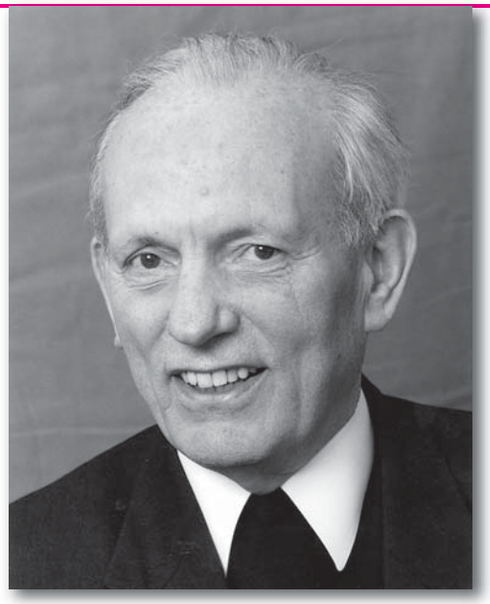
Neben der Seelsorge befasste sich die Mitgliederversammlung Hospizbewegung u. a. mit den neuen gesetzlichen Regelungen zur Förderung der ambulanten Hospizdienste durch die Krankenkassen. Komplettiert wurde auch der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft: Aus dem Bereich der stationären Hospize wurde Klaus Kayser (Arnsberg) in seinem Amt bestätigt. Der Vertreter der Palliativstationen an katholischen Krankenhäusern bleibt Dr. med. Hermann-Josef Pielken (Dortmund), die ambulanten Hospiz-Einrichtungen vertritt weiterhin Gundula Stoppa (Hagen), die ambulanten Hospizgruppen und -initiativen Marianne Wesseler (Hövelhof).

In seiner ersten Sitzung wählte der Vorstand Schwester Rotraud Helle zur Vorsitzenden, ihre Stellvertreterin ist Marianne Wesseler. ◄

In caritate Dei

Kardinal Degenhardt – der Bischof mit dem weiten Herzen

Das bischöfliche Attribut eines „Vaters der Armen“ war für ihn keine Leerformel. Ausgestattet mit einem weiten Herzen und dem Gespür für das je Notwendige, hat Erzbischof Johannes Joachim Kardinal Degenhardt seinen caritativen Auftrag wahrgenommen – bescheiden und unspektakulär, aber darum oft umso wirkungsvoller.



Johannes Joachim Kardinal Degenhardt (1926-2002), Erzbischof von Paderborn (Foto: Slominski)

Wer bei ihm anklopfte, klopfte nicht vergeblich. Dies hat die verbandliche Caritas im Erzbistum Paderborn oft erfahren dürfen. Spontan und unkonventionell hat er oft geholfen, wenn es beispielsweise darum ging, gemeinsam mit der Caritas gegen die ungerechtfertigte Abschiebung von Ausländern zu protestieren. Ein für die Caritas unvergessenes Zeichen bleibt sein Gottesdienst im Maschinenhaus einer ehemaligen Dortmunder Zeche anlässlich der „Messe der Solidarität – Werkstatt gegen Armut“ im Jahr 1997. In seiner bescheidenen Art, die auf jegliche „Show-Elemente“ verzichtete, war Kardinal Degenhardt hier als Bischof präsent, der den Traum von einer Kirche der Armen und Schwachen mitträumte.

Der Alltag sah oft anders aus. Erzbischof Degenhardt hat die stürmische Entwicklung der verbandlichen Caritas seit Beginn der Siebzigerjahre miterlebt. Eine Entwicklung, die der Kirche in der Gesellschaft viel Ansehen gebracht hat, aber auch immer in der Gefahr stand, sich zu verselbstständigen. Stets hat er daran erinnert, wo die Wurzeln des caritativen Engagement liegen und wo dessen Grenzen sind. Dafür war er auch bereit, Konflikte einzugehen, wie das Beispiel der Schwangerschaftskonfliktberatung zeigte, wo er frühzeitig einen Weg beschritt, der für ihn von Klarheit und Eindeutigkeit gekennzeichnet war. In seinem Auftrag wirken heute mehr als 35 000 Mitarbeiter in Einrichtungen der Gesundheits-, Alten oder Behindertenhilfe; über 20 000 Ehrenamtliche engagieren sich in Pfarrgemeinden und Einrichtungen.

Bei aller Sorge um die Einheit und kirchliche Verwurzelung dieses beachtlichen caritativen Werkes hat Degenhardt nie auf Zentralisierung und Dirigismus gesetzt. In keinem anderen deutschen Bistum ist die verbandliche Caritas so dezentral organisiert – gebildet von Hunderten rechtlich selbstständiger Träger. Auch dies ein Kennzeichen Degenhardts: sein Vertrauen in die Kräfte der Menschen vor Ort – und in deren Glauben. „Solange es Menschen gibt, die in einem Krankenhaus das Evangelium leben, so lange werden wir katholische Krankenhäuser haben“, sagte er einmal anlässlich einer kritischen Nachfrage, warum die Kirche heute noch katholische Krankenhäuser unterhalte. Ganz am Anfang seines bischöflichen Weges stand die Einweihung des Laurentiusheimes in Warburg, einer der größten Behindertenhilfe-Einrichtungen Deutschlands. Die gebrochene menschliche Existenz bildete seitdem sein Lebensthema. Sein Kampf für den Lebensschutz erklärt sich aus der gläubigen Gewissheit, dass menschliches Leben in all seinen Phasen unantastbar ist und aus der Kostbarkeit des göttlichen Ursprungs lebt. Eines seiner Lieblingsworte war: „Wir sind zwar in der Welt, aber nicht von der Welt.“ Requiescat in caritate Dei. ◄

Jürgen Sauer

Erziehungsberatung gefragt

Fast 10 500 Beratungsfälle haben im vergangenen Jahr die Erziehungsberatungsstellen der Caritas im Erzbistum Paderborn registriert. Damit konnte die Rekordzahl des Jahres 2000 nochmals leicht gesteigert werden. Rechnet man alle am Beratungsgeschehen beteiligten Personen hinzu, so haben die 100 Mitarbeiter an den 31 Standorten im Vorjahr rund 26 000 Menschen erreicht. Diese Zahlen weist die aktuelle Statistik des Diözesan-Caritasverbandes aus. „In keiner anderen Jugendhilfe-Form werden annähernd so viele Personen erreicht und spätere kostenintensive Folgekosten eingespart“, betont Raimond Pröger, Referent für Erziehungshilfen. „Die Verantwortlichen in den Erziehungsberatungsstellen sind davon überzeugt, ein kostengünstiges Angebot in der Jugendhilfe vorzuhalten.“ ◄

Aramäer in Ostwestfalen

Gelungene Integration in Paderborn

Ihr zehnjähriges Bestehen feierte jetzt mit einer Festwoche die syrisch-orthodoxe Gemeinde St. Aho in Paderborn.

Zum Bild: Eine Ausstellung mit kostbaren Exponaten aus Liturgie und Kunsthandwerk war Höhepunkt der Festwochen zum zehnjährigen Bestehen der Gemeinde St. Aho in Paderborn.
Von links: Caritas-Sozialarbeiter Hezni Barjosef, Caritas-Geschäftsführer Hermann-Josef Günnewig, Pfarrer I. Aras.
Foto: Sauer

Ihre Mitglieder sind Aramäer aus dem Südosten der Türkei. Unterdrückung von Sprache und Kultur, Diskriminierung im Alltag bis hin zu offenem Terror haben sie seit 25 Jahren in die Flucht getrieben. Fast das komplette Volk lebt inzwischen in Amerika und Westeuropa. Allein 3 000 der 50 000 syrisch-orthodoxen Aramäer in Deutschland haben eine neue Heimat im Kreis Paderborn gefunden. „Die wohl am besten integrierte Migrantengruppe“, weiß Hermann-Josef Günnewig, Geschäftsführer des Caritasverbandes Paderborn. 90 Prozent besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit; Viele sind wirtschaftlich erfolgreich, haben sich selbstständig gemacht. Allein 75 Betriebe in aramäischer Hand sind registriert. Die Sozialberatung des Caritasverbandes setzt bewusst bei der Förderung der Selbstorganisation, z. B. über ein vielfältiges Vereinsleben, an. Hierfür wurden Kultur- und Sportvereine gegründet, Organisationen für Studierende und Akademiker, eine Frauengemeinschaft, Kinder- und Jugendgruppen sowie eine stadtteilbezogene Vereinsarbeit. ◄

Leitungskurs erfolgreich absolviert

Mit der Überreichung der Zertifikate durch den Vorsitzenden des Diözesan-Caritasverbandes, Geistl. Rat Thomas Dornseifer, endete für 23 Leiterinnen von katholischen Kindergärten im Erzbistum eine fast zweijährige berufsbegleitende Fortbildung.

An dem Festakt im Paderborner Immaculata-Haus nahmen auch zahlreiche Vertreter von Kirchengemeinden als Träger der Einrichtungen teil. Das Ziel der Fortbildung war die Förderung der beruflichen, fachlichen und persönlichen Fähigkeiten. Dazu gehörten die Analyse des Arbeitsfeldes, das Selbstmanagement, die religiöse Identität und der Erziehungsauftrag der Einrichtung sowie die pädagogische Konzeptentwicklung. Weiter wurden Einblicke in Personal- und Qualitätsmanagement, in gesetzliche Grundlagen, Organisation und Verwaltung gegeben. Das Leitungsteam bestand aus Diplom-Psychologin Monika Stieler-Müller, Paderborn, Pfarrer Hans Peter Iwan, Dortmund, und der Leiterin des Referates Tageseinrichtungen für Kinder beim Diözesan-Caritasverband, Maria Hörnemann.

Teilnehmer der Fortbildung:

Ostwestfalen: Hildegard Stappert, Kindergarten (Kiga) Maria zur Höhe, Paderborn; Ulrike Kruse, Kiga St. Michael, Brakel; Bärbel Sandjohann, Kiga St. Gabriel, Rietberg; Birgit Plümpe, Kindertageseinrichtung Arche Noah, Verl-Kaunitz; Jutta Brechmann, Adolph-Kolping-Kiga, Verl; Andrea Sonnenschein, Kiga/Hort St. Franziskus, Bielefeld, und Andrea Hollenhorst, Kindertagesstätte St. Christophorus, Verl.
Sauerland/Waldeck: Ruth Beule, Kiga St. Raphael, Meschede; Maria Hermes, Kiga St. Antonius, Schmallenberg-Fleckenberg; Christa Mühlenbein, Kiga Christ-König, Marsberg-Bredelar; Ulrike Vollmershausen, Mutter-Kind-Kurhaus Talitha, Bad Wildungen; Astrid Exner, Kiga u. Tagesstätte St. Elisabeth, Gertrud Hanke, Kiga St. Norbertus, und Jutta Schmidt, Kiga St. Pius (alle Arnsberg).
Ruhrgebiet/Hellweg: Sigrid Buchta, Kiga St. Josef, Wickede; Gabriele Liedhegener, Kiga St. Josef, Ense; Ulrike Leder, Kiga St. Peter, Werl; Ute Rotthoff, Kiga St. Barbara, Herne; Stefanie Glotzbach, Kiga Maria Königin des Friedens, Hagen; Marianne Schlienkamp, Kiga Hl. Familie, Lünen; Claudia Kittl-Gottbehüt, Kiga St. Urbanus, Gerlinde Wieteczka, Kiga St. Michael, und Martina Neumann, Kiga St. Josef (alle Dortmund). ◄

Caritas-Telegramm

Hagen. Baubeginn für das neue St.-Johannes-Wohnheim für Behinderte in Hagen. Für 1,5 Millionen Euro errichtet der Caritasverband Hagen in Boele diese dreigeschossige Einrichtung, die u. a. eine Wohngruppe für Autisten beherbergen soll. Der Caritasverband Hagen intensiviert damit seine Behindertenhilfe. Bisher konnte der Verband in drei Wohnheimen 141 Plätze anbieten. In zwei Werkstätten arbeiten 350 geistig und 120 psychisch Behinderte.

Detmold. Der Caritasverband für den Kreis Lippe und die Stadt Bad Pyrmont hat neue Geschäftsräume bezogen. Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt in der St.-Elisabeth-Stiftung, Palaisstr. 27 in 32756 Detmold. Auf derselben Büroetage sind auch der Sozialdienst katholischer Frauen und die Caritas-Sozialstation zu finden.

Paderborn/Salzkotten. Das Paderborner St.-Vincenz-Krankenhaus (563 Betten) und das Salzkottener St.-Josefs-Krankenhaus (196 Betten) haben fusioniert. Dafür haben die Salzkottener Franziskanerinnen 60 Prozent des Stammkapitals ihrer Trägergesellschaft an das St.-Vincenz-Krankenhaus GmbH abgetreten. Beide Gesellschaften werden in Zukunft von personen- und funktionsgleichen Aufsichtsräten geführt. Ziel ist die langfristige Sicherung beider Häuser, die zusammen 1 740 Mitarbeiter beschäftigen. Beide Häuser bleiben allerdings eigenständige Plankrankenhäuser.

Lennestadt. Die AKC gGmbH, eine Tochtergesellschaft des Caritasverbandes für den Kreis Olpe, plant einen Ersatzneubau des St.-Franziskus-Altenheimes in Elspe. Das neue Seniorenzentrum mit ebenfalls 95 Plätzen soll auf dem Gelände der Einrichtung entstehen und könnte frühestens 2005 eröffnet werden.

Soest. An der zweiten Aktion „Schüler helfen Schülern“ des Caritas-Freiwilligenzentrums Soest beteiligten sich in diesem Jahr 134 Schüler, mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr. An einem Aktionstag kurz vor den Sommerferien gingen Schüler der Klassen 9 und 10 in Privathaushalte und Betriebe, um dort gegen eine Spende zu Gunsten der jeweiligen Schulen uneigennützig tätig zu werden.

Geseke. Der Caritas-Warenkorb in Geseke, ein Einkaufsladen für Bedürftige, musste im Mai seine Pforten schließen. Grund: Die kooperierenden Geschäfte haben ihre Betriebsstrukturen so geändert, dass immer weniger Waren angeboten werden konnten. Weiterhin in Betrieb sind die Warenkörbe der Caritas in Lippstadt und Werl.

Paderborn. Sechs Tonnen ausländisches Kleingeld, überwiegend aus benachbarten Ferienländern wie Holland, Österreich, Italien, Frankreich und Spanien, sind im Rahmen der Aktion „Alte Kohle für junge Leute“ bei der Caritas abgegeben worden. Schon jetzt steht damit rein mengenmäßig ein Rekordergebnis der jährlichen Restdevisen-Aktion ins Haus.

Lippetal. „Urlaub ohne Koffer“, ein Senioren-Erholungsangebot der Caritas-Konferenzen im Lippetal sowie der Caritasverbände Soest und Beckum, hat den Sozialpreis des Erzbistums, „Nicht reden – handeln“, gewonnen.

Arnsberg. Die Sozialstationen des Caritasverbandes Arnsberg-Sundern intensivieren die Betreuung Sterbender. Sechs examinierte Pflegekräfte haben sich ein halbes Jahr lang unter Anleitung von Schwester Elisabethis Lenfers auf diese Aufgabe vorbereitet und nach neuen Ansatzpunkten auch für die Begleitung der Angehörigen gesucht.

Menschen in der Caritas

Dr. Christoph Schaafhausen ist nach 29 Dienstjahren als Leiter des Beratungszentrums des Caritasverbandes Höxter in Brakel in den Ruhestand verabschiedet worden. Sein Nachfolger ist **Dr. Gregor Blömer**.

Bernhard Bansberg (Witten) ist zum Vizepräsidenten der Vinzenz-Konferenzen Deutschlands gewählt worden.

Pastor Christian Heim, Seelsorger im Pastoralverbund Holzwickede-Massen-Opherdicke, ist zum Diözesanbeauftragten für die Aussiedlerpastoral ernannt worden.

Medientipps

Mehr als ein Kalender

*Der **Caritas-Tischkalender 2003** hat das Format 32,4 x 14 cm. Für 5 EUR ist er erhältlich bei: Deutscher Caritasverband, Vertrieb, Postfach 4 20, 79004 Freiburg, Telefon: 07 61 / 2 00-2 96, Fax: -5 07, E-Mail: Vertrieb@caritas.de*

Mehr als ein Kalender ist der Caritas-Tischkalender 2003: Er ist ein Caritas-Lesebuch. Mit zahlreichen Textbeiträgen und farbigen Bildern bietet er vielfältige Einblicke in das Engagement der Caritas im In- und Ausland. So werden Projekte praktischer Caritas vor Ort dargestellt und grundsätzliche Themen der Caritas diskutiert. Der Jahresplaner bietet im Kalendarium Platz für Termine, für Notizen, E-Mail-Adressen u. a. Eine Vorschau auf das Jahr 2004 ermöglicht eine langfristige Planung. Und schließlich: wichtige Caritastermine, die Feste des Kirchenjahrs, die Gedenktage von Caritas-Heiligen sowie wichtige Gedenktage aus der Welt der sozialen Arbeit.

Fundamental

***Max Wingen: Familienpolitische Denkanstöße – sieben Abhandlungen.** Erschienen als Band 1 der wissenschaftlichen Reihe „CONNEX – gesellschaftspolitische Studien“ des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft der Universität Eichstätt-Ingolstadt, hrsg. von André Habisch, 292 Seiten, 22 EUR, Vektor-Verlag Grafschaft.*

Unversehens ist die Diskussion um die Grundlagen und die Unterstützung der Familien in den Mittelpunkt des politischen Wettstreits getreten. Jetzt nach der Bundestagswahl muss sich zeigen, inwieweit sich die Akteure des Wahlkampfs ihren Versprechen verpflichtet fühlen. Denn die demografische Problematik wird sich nicht leugnen lassen, eine weitere Marginalisierung der Familienpolitik würde die Probleme verschärfen. Wer sich mit den Grundlagen einer systematischen Familienpolitik vertraut machen möchte, wird bei Max Wingen fündig. Der katholische Wissenschaftler wurde zu seinem 70. Geburtstag vor rund zwei Jahren mit einer Festschrift „Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale“ geehrt, die auf 688 Seiten die Essenz der Diskussionen katholischer Familienpolitik darbietet. – Seit Jahrzehnten mit den gedanklichen Grundlagen einer systematischen Familienpolitik vertraut, hat Wingen selbst als Autor kürzlich in dem Band „Familienpolitische Denkanstöße“ sieben Abhandlungen zusammengefasst, die als Grundlage jeder seriösen familienpolitischen Diskussion genutzt werden können. Die „Denkanstöße“ bleiben dabei nicht im appellativen Raum stehen, sondern gewinnen ihre Begründungen auf einer analytischen Ebene, was die Sammlung insgesamt zu einer wichtigen Orientierungshilfe macht.

Dialogbuch

***Dialogbuch. Festschrift für Hans-Jochen Jaschke.** Herausgegeben von Stephan Dreyer und Martin Merz. Zu bestellen über das Erzbischöfliche Generalvikariat, Danziger Str. 52a, 20099 Hamburg.*

Eine Festschrift ist häufig ein Sammelsurium. Das ist bei der Festschrift zum 60. Geburtstag des Hamburger Weihbischofs Jaschke zwar auch so, aber doch ein wenig anders. Denn die vielen „Gratulanten“ aus Kirche, Politik und Medien sind, angeregt durch die Dialogfähigkeit des Bischofs, selbst zum Gespräch über Gott und die Welt bereit. Ob es die Publizisten Rudolf Augstein und Dieter Stolte sind oder die Politikerinnen Anne Lütkes und Heide Simonis, ob es die Theologen Klaus Berger und Dorothee Sölle sind oder die Künstler Thomas Beckmann und Franz Brune, ob es ein Gewerkschafter ist oder eine Kindergärtnerin, eine Kultursenatorin oder ein Präsident der Handwerkskammer, alle lassen hinter dem Würdenträger Jaschke den Menschen und Verkünder einer frohen Botschaft erkennen.

Das wünschen wir uns von einem „Vorsteher der Gemeinde“, gerade auch in durch die Massenmedien geprägten Zeiten. Otto Hermann Pesch hat es in seinem Beitrag „Mein Wunschbild eines Bischofs“ formuliert.

Ein Teil des Verkaufserlöses fließt in die MOBILE HILFE des Caritasverbandes für Hamburg e.V.

Harald E. Gersfeld

Impressum

„Caritas in NRW“
Kaiserswerther Str. 282-284
40474 Düsseldorf
Telefon 02 11/51 60 66-20
Telefax 02 11/51 60 66-25
E-Mail: caritasNRW@t-online.de
http://www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

Chefredakteur: Markus Lahrmann
Redaktionssekretariat: Monika Natschke
Redaktion:
Rudi Löffelsend (Essen)
Alfred Hovestädt,
Dagmar Gabrio (Köln)
Heinz-Gert Papenheim
(Recht-Informationsdienst, Köln)
Jürgen Sauer (Paderborn)
Gerd Schnitzler (Aachen)
Harald Westbeld (Münster)

Layout: Alexander Schmid, Köln
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Karl Wegener
Telefon: 0 52 51 / 1 53-2 20
Telefax: 0 52 51 / 1 53-1 04

Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gedruckt auf Bilderdruck-Papier, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichten Faserstoffen.

ISSN 1617-2434